Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13. Donnerstag, den 16. Januar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Volksrechte und Volkspflichten.

II.

Es ist eine triviale Wahrheit, die in der Natur des menschlichen Zusammenlebens ihre Begründung findet, daß jedem Rechte eine entsprechende Pflicht gegenübersteht. In einer auf vernünftigen Prinzipien und sozialethischen Grundlagen bestehenden Gesellschaft übernimmt jeder, der ein Recht beansprucht, damit zugleich die Verpflichtung, dieses Recht im Interesse der Gesamtheit auszuüben, da andernfalls das Recht zu seinem Gegenpol, dem Unrecht, wird. Auf unser Thema übertragen besagt das, daß die große Masse des Volkes mit dem Wahlrecht — dem äußeren Ausdruck des Mitbestimmungsrechts — auch die Pflicht auf sich nimmt, das Wahlrecht so auszuüben, wie es das Interesse der Gesamtheit erheischt. Hier genügt natürlich die einfache Wahlpflicht nicht; denn zu der Verpflichtung, überhaupt von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, kommt noch die viel weitergehende Verpflichtung, richtig zu wählen. Vermittels der Wahl die richtigen Leute an die richtige Stelle zu berufen — das ist die große Aufgabe, die dem Volke im Zeitalter der Demokratie obliegt.

Der auch heute noch nicht erstorbene Absolutismus, der seine Herrschaftsgelüste mit dem Scheine des Konstitutionalismus verbrämt, hat natürlich das entgegengesetzte Interesse; er will den Volkswillen nicht rein zur Geltung kommen lassen, sondern er will ihn fälschen und korrumpieren. Darum wendet er jedes passend erscheinende Mittel an, um den freien Meinungsausdruck der Wähler zu hindern oder die Wahl so zu beeinflussen, daß das gewünschte Resultat herauskommt. Er benutzt die wirtschaftliche Abhängigkeit oder die Furcht oder die Dummheit der Wähler, so daß die Wahl zur Karikatur wird. Und wenn das Ergebnis trotz alledem noch nicht seinen Wünschen entspricht, so begibt er sich auf die krummen Pfade der Bestechung und macht die aus der Wahlurne hervorgegangenen Vertreter durch Zuwendung von materiellen Vorteilen oder von Orden und Titeln zu seinen gefügigen Werkzeugen. Man betrachte nur die Geschichte der Wahlen und die Entwicklung des Parlamentarismus in den konstitutionellen Staaten, um zu sehen, wie der Absolutismus im Bunde mit dem Geldsack zu arbeiten versteht.

Daß dem Volke mit einem solchen Zerrbilde des freien Wahlrechts nicht gedient ist, leuchtet auf den ersten Blick ein; ebenso ist es aber auch die heiligste Pflicht des Volkes, seinen Willen rein und unverfälscht zum Ausdruck zu bringen. Dazu ist es das erste Erfordernis, daß jeder Wähler Stellung nimmt zu den Fragen, die die Zeit bewegen, und daß er dann seiner Überzeugung mannhaft Ausdruck gibt. Hierbei muß er sich das Wort Lassalles als einen Mahnruf in die Seele schallen lassen: „Nicht Partei ergreifen, das heißt: Keine Überzeugung haben oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt: In einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, die das Herz der Menschheit durchzucken, die eigene Ruhe und Behaglichkeit den gewaltigen Fragen vorzuziehen, von denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt und so die Pflichten verraten, die wir dem Vaterlande schulden. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Irrtümer, für alle Überzeugungen, sie hat aber keine Verzeihung für Überzeugungslosigkeit.“

Um bei einer Wahl das Richtige treffen zu können, ist es notwendig, daß die Masse der Wähler zu unterscheiden versteht zwischen dem, was ihr nützt und dem, was ihr schadet. Leider fehlt es in dieser Hinsicht an allen Ecken und Enden, wie ein einziger Blick auf die Ergebnisse der Wahlen lehrt. Die menschliche Gesellschaft ist sehr kompliziert und die Zahl derjenigen Menschen, die etwas von den sozialen Fragen verstehen und einen tieferen Einblick in die sozialen Zusammenhänge haben, ist verhältnismäßig sehr gering. Und wie soll ein Mensch wählen, wenn er nicht fähig ist, eine zweckentsprechende Auswahl zu treffen? Er kommt uns vor wie ein Gast, der ein Restaurant betritt und sich eine Speise wählen soll, ohne die Namen und Qualitäten der auf der Karte verzeichneten Speise zu kennen. Er muß mit derjenigen vorliebnehmen, die man ihm vorsetzt. So wird auch der ungebildete Wähler demjenigen Kandidaten seine Stimme geben, dessen Stimmzettel man ihm in die Hand drückt.

Das ist nämlich das Elend des heutigen Wahlrechts, daß weiten Schichten der Bevölkerung das soziale Gedächtnis mangelt, der reiche Schatz sozialer Erfahrung, aus dem sie schöpfen können, daß ihnen die Fähigkeit fehlt, durch eine rasche und richtige Zusammenstellung der Erfahrungen früherer Zeiten und durch eine Vergleichung dieser Erfahrungstatsachen mit den Vorgängen der Gegenwart in einem gegebenen Augenblick die richtige Entscheidung zu treffen. Diese Beobachtung hat zu einer Verurteilung des allgemeinen Wahlrechts seitens mancher Staatsmänner geführt, an dessen Stelle die Ernennung der führenden Personen durch eine Kommission kenntnisreicher Männer und Frauen gesetzt werden müsse. Diese Ansicht mag ja vielleicht aus ehrlicher Überzeugung und bestem Willen hervorgegangen sein, aber sie entstammt falschen Voraussetzungen. Es ist nämlich gar nicht wahr, daß ein wissenschaftlich gebildeter Mensch an und für sich den sozialen und politischen Fragen ein größeres Verständnis entgegenbringt, als dies bei einem einfachen Arbeiter der Fall ist. Politische und soziale Bildung ist ganz etwas anderes, als jede andere Bildung, und gerade in den gebildeten Schichten, der sogenannten geistigen Elite unseres Volkes, finden wir eine Stupidität, die geradezu abstoßend wirkt. Diese Leute beschäftigen sich mit den fernliegendsten Dingen, haben aber von den so überaus wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nur ein sehr geringes Verständnis und müssen sich von manchem schlichten Manne aus dem Volke beschämen lassen. Es ist leider nur zu wahr, daß das Verständnis für die gesellschaftliche Entwicklung, wie sie uns die Sozialgeschichte lehrt, und für die sozialen Gesetze, wie sie die Soziologie entdeckt hat, gerade in den Kreisen der Gebildeten wenig verbreitet ist. Aber auch in den unteren Volksschichten läßt dies noch viel zu wünschen übrig. Und das muß ganz entschieden anders werden, denn was nützt uns die Ersetzung des Absolutismus und des Scheinkonstitutionalismus durch das demokratische Prinzip, wenn unser Volk dies Prinzip nicht anzuwenden versteht?

Ein Volk, das seine Geschichte selbst in die Hand nehmen will, muß vor allen Dingen die Gegenwart studieren und die treibenden Kräfte des Wirtschaftslebens kennen lernen; es muß Volkswirtschaftslehre treiben und die sozialen Systeme miteinander vergleichen. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse den Untergrund des sozialen Lebens bilden, so gilt es, durch eine gründliche Untersuchung dieser Verhältnisse den Bau und das Leben des Gesellschaftskörpers bloßzulegen. Sodann ist das Studium der Gesellschaftswissenschaft (Soziologie) dringend von nöten. Die Soziologie, eine der jüngsten Wissenschaften, geht von der Voraussetzung aus, daß auch die sozialen Erscheinungen — wie allen anderen Naturerscheinungen — bestimmten, unwandelbaren Gesetzen unterliegen; diese Gesetze will sie ergründen und auf die Gegenwart anwenden. Der Soziologe überträgt das Gesetz von Wirkung und Ursache auf die sozialen Geschehnisse, er beobachtet die Wechselwirkung des Wesensfremden, die Abneigung der Menschen gegen das Neue (Misoneismus), die Bedeutung des sozialen Experiments, die Wirkung der Illusion und Suggestion im wirtschaftlichen und sozialen Leben, ganz besonders aber wendet er seine Aufmerksamkeit dem weltumfassenden Gesetz der Entwicklung zu. Dieses große Gesetz bildet den eigentlichen Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart. Darum studiert der Soziologe die Entwicklungsgeschichte der Menschheit von den Uranfängen bis heute. Er betrachtet die Geschichte nicht mehr als ein Herleiern von Jahreszahlen und unwesentlichen Vorkommnissen, als einen Raufereienkatalog und ein Register von den Heldentaten der Fürsten, sondern er beobachtet das Werden und Wachsen der Menschheit aus tierischen oder halbtierischen Zuständen zu der heutigen Kulturhöhe. Darüber hinaus aber wirft er einen Blick in die Zukunft, weil er weiß, daß die menschliche Entwicklung mit dem Kapitalismus keineswegs abgeschlossen ist. Das Studium der Soziologie und der Sozialgeschichte weckt den geschichtlichen Sinn — daran fehlt es der modernen Menschheit leider sehr! — und zeigt uns, wie die Gegenwart mit Naturnotwendigkeit aus der Vergangenheit hervorgewachsen ist und wie die Gegenwart bereits eine neue Gesellschaft in ihrem Schoße trägt. Ein Gedanke, den der Dichter Friedrich Wilhelm Weber in die Worte kleidet:

„Wissen heißt: die Welt verstehen,
Wissen lehrt; vergangner Zeiten
Und der Stunde, die da flattert,
Wunderliche Zeichen deuten.

„Denn da sich die neuen Tage
Aus dem Schutt der alten bauen,
Kann ein ungetrübtes Auge,
Rückwärts blickend, vorwärts schauen.“

Von hier aus findet die Kulturmenschheit auch den richtigen Standpunkt, den sie dem Sozialismus gegenüber einnehmen muß. Der Sozialismus, diese größte Erscheinung der Gegenwart und diese brennendste Herzensfrage des modernen Menschen, kann ja nur begriffen werden, wenn man ihn als die naturnotwendige Entwicklungsstufe über den Kapitalismus hinaus auffaßt. Nicht als etwas künstlich Erzeugtes, willkürlich Ersonnenes, sondern als das natürliche Produkt der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Wenn erst diese Auffassung den Menschen in Fleisch und Blut übergegangen ist, dann werden sie den Kampf ums Dasein, den Kampf um Recht und Freiheit, von einer höheren Warte aus betrachten, als es gemeinhin im Drange des Werkeltagstreibens der Fall ist. Dann wird ihnen der Gedanke des Sozialismus als eine Leuchte erscheinen, die ihre Köpfe erhellt, und als eine Wärmequelle, die ihre Herzen durchflutet, als ein Motor, der ihren Willen in Bewegung setzt.

Zum Glück für die Menschheit dürfen wir einen allmählichen Aufstieg der großen Masse des Volkes in sozialpsychischer Beziehung konstatieren. Die vom Geiste des modernen Sozialismus berührte Arbeiterklasse sucht sich immer mehr Bildung und Wissen anzueignen, nachdem sie mit Hilfe ihrer Organisationen das schlimmste materielle Elend gelindert hat. Daher spielt die Bildungsfrage heute eine so große Rolle. Es würde der Wahrheit nicht entsprechen, wollte man sagen, es werde schon heute genügend geleistet, aber daß es besser wird, kann kein Mensch in Abrede stellen. Das Volk hat seine Pflicht erkannt, und wird seine Pflicht erfüllen.

Hierin liegt auch die Gewähr für eine bessere zukünftige Entwicklung. Denn wenn erst die Masse sich ihrer Bedeutung als Trägerin des Entwicklungsgedankens bewußt wird, wenn sie ihre große Verantwortung erkennt als Bahnbrecherin einer neuen Geschäftsordnung, dann wird sie auch ihren Willen zum Ausdruck bringen. Bislang lag die Entwicklung in den Händen einer an Zahl geringen Oberschicht der Bevölkerung und die Masse mußte sich mit den Brosamen begnügen, die von der Herren Tische fielen, heute ist die Masse in die Bewegung eingetreten und da wird der Erfolg nicht ausbleiben. Und wenn die Gegner des Sozialismus auf die vielen mißlungenen Versuche hinweisen, die sozialistische Theorie in die Praxis umzusetzen, so weisen wir sie darauf hin, daß einstmals die Masse in dumpfer Unbildung dahinlebte, und daß heute die Masse die Fahne der Entwicklung aufgenommen hat. Wenn es auch wahr ist, daß die sozialen Verhältnisse die Menschen beeinflussen, so ist es doch nicht minder wahr daß die Menschen es sind, die die neuen Zustände schaffen. Und wir wiederholen es noch einmal: Das Proletariat will nicht mehr Objekt der Entwicklung bleiben, es will zum Subjekt werden. Denn im Grunde genommen ist doch die Freiheit nur Selbstbefreiung, also nicht Passives, sondern etwas eminent Aktives.

Brutus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

setzte am Mittwoch zunächst die Debatte über den Bankdiskont fort. Laut Herrn Mayer aus Kaufbeuren scheint das Zentrum auf seine bimetallistischen Neigungen zurückgekommen zu sein. Die übereinstimmende Erklärung aller Regierungsvertreter, an der Goldwährung festhalten zu wollen, bezeichnete Genosse Dr. Südekum als das erfreulichste Moment der Debatte. In gründlichen klaren Ausführungen legte unser Fraktionsredner den engen Zusammenhang des hohen Bankdiskonts, unter dem nicht am wenigsten die Arbeiterschaft zu leiden hat, mit der famosen Schutzzollpolitik dar. Auch der Freisinnige Gothein unterstrich diesen Zusammenhang, über den der Antisemit Raab mit einigen possierlichen Bocksprüngen vergebens wegzuhupfen suchte. Dann kam die polnische Interpellation über die Enteignungsvorlage an die Reihe. Herr Nieberding, von Kämpf befragt, wie es mit der Beantwortung stehe, murmelt ein paar Worte über nichtverletzte Reichsgesetze. Darauf verschwindet er. Aber die Besprechung wird doch beschlossen. Der Freisinn trennte sich in dieser Frage vom Block. Und so begann dann als Vorspiel der Debatte über die Enteignung, die am Donnerstag im preußischen Abgeordnetenhause in Szene gehen soll, am Mittwoch eine große Debatte im Reichstag. Gut und wirkungsvoll sprach der Pole Seyda. Die Konservativen ließen durch Gamp und Gersdorff erklären, daß sie dem Hasenpanier des Reichskanzlers folgen. Kurz war auch die Zentrumserklärung: sie wandte sich anerkennenswert gegen das Antipolengesetz, brachte aber höchst vorsichtigerweise den Sozialismus herein. Nach einer Hakatistenpauke des Abg. Sieg (N.) wurde die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag vertagt.

Geschäftliches aus dem Reichstage.

Der Seniorenkonvent hielt am Dienstag vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab und stellte folgendes Arbeitsprogramm für die nächsten Wochen fest: Zuerst sollen die noch vorliegenden Interpellationen über das Knappschaftswesen, die Kohlenvorlage und das Wahlrecht erledigt werden. Daran schließt sich die zweite Lesung des Etats. Die Verhandlungen werden kontingentiert. Am 24. d. Mts. soll die zweite Lesung beendet sein. In der Zwischenzeit sollen auch die ersten Lesungen der noch ausstehenden Gesetzentwürfe stattfinden, mit Ausnahme der Hilfskassenvorlage, die zurückgestellt worden ist. Vom 25. d. Mts. bis zu den Osterferien, die voraussichtlich am 10. April beginnen, sollen die Sonnabende und Montage freibleiben, ebenso der 28. Januar.

Die Besprechung des Seniorenkonvents wandte sich dann einer „häuslichen" Angelegenheit zu, nämlich der Frage, ob das Präsidialgebäude des Reichstages der Stadt Berlin grundsteuertributpflichtig ist. Die Steuerdeputation hatte zwar nicht die Repräsentations-, wohl aber die Wohnräume zur Grundsteuer herangezogen. Auf Einspruch des früheren Präsidenten hat das Oberverwaltungsgericht sowohl den Einspruch als auch die Heranziehung (letztere aus formellen Gründen) verworfen. Gegenüber der neuen Abschätzung zur Steuerleistung hat der Seniorenkonvent eine Kommission zur Prüfung der Rechtslage in formeller und materieller Beziehung eingesetzt, um eine sichere Grundlage für seine Entschließungen zu haben.

Eine andere Frage von allgemeinerer Bedeutung beschäftigte den Seniorenkonvent durch die Anregung eines Mitgliedes, welches die vielfach irrigen und gegen einzelne Personen gerichteten Preßberichte aus den Kommissionen, namentlich aus der Budgetkommission zur Sprache brachte. In längerer Erörterung, in der von verschiedenen Seiten auf die Aussichtslosigkeit eines jeden Versuchs der Einschränkung der Berichtsfreiheit hingewiesen wurde, stellte man für die Beratung des Etats des Reichstags einen Antrag in Aussicht, der diese Frage der Geschäftsordnungskommission zur Prüfung überweisen werde. Die Vertreter dieser Ansicht sprachen die Hoffnung aus, daß der Reichstag dieser Anregung folgen und dadurch eine Verbesserung der Kommissionsberichte herbeiführen werde.

Der Freisinn und Bülow.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben sich Dienstag endlich die Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause bei der Fortsetzung der Etatsberatung zu einer nachträglichen Erklärung gegen den Fürsten Bülow und seine ablehnende Haltung in der Wahlrechtsfrage aufgerafft. Die geharnischten Proteste, die die mannhaften Erklärungen der Herren Fischbeck und Pachnicke in ganz Deutschland hervorgerufen haben, legten den leitenden Herren in Berlin nahe, daß „noch etwas geschehen müsse". Also: durch den Mund des Abgeordneten Dr. Wiemer taten die freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses kund und zu wissen, daß sie die Erklärung des Ministerpräsidenten als eine völlig unzureichende Antwort auf ihren Antrag ansehen. Die 30 Kollegen der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft des Reichstages schließen sich dieser Erklärung einmütig an. Sehr schön. Und wann wird diesen Worten die Tat folgen? Das heißt die deutliche, unverklausulierte Absage an die Bülowsche Blockpolitik? Warum fuhr der freisinnige Redner nicht bereits also fort: Da der Ministerpräsident das nicht hält, wozu sich der Reichskanzler moralisch verpflichtet, nämlich eine Erfüllung einer freisinnigen Grundforderung, so betrachten wir das Blockverhältnis zur Rechten von Stund an als nicht mehr vorhanden! Eine solche Erklärung wäre mannhaft und konsequent, wäre eine Tat gewesen. Auf die freisinnigen Worte werden Regierung und Konservative nur die Wette pfeifen.

Der freisinnige Redner fühlte sich verpflichtet, zu behaupten, daß die Reden der Herren Fischbeck und Pachnicke in Übereinstimmung mit den Anschauungen des Abgeordneten Träger gestanden hätten. Das ist eine kränkende Herabsetzung Trägers. Seine Rede war von freiheitlichem, demokratischem Geiste erfüllt; was die Herren Fischbeck und Pachnicke vortrugen, war nur ein ängstliches Herumreden um den Kern der Sache, und der Hohn, den der Abgeordnete Herold (Zentrum) über Fischbecks Auftreten ausgoß, war nur zu berechtigt und verdient.

Bülows Stuhl soll wieder einmal wackeln.

Nach einer Meldung der „Post" wird der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr Marschall von Bieberstein, in der nächsten Woche in Berlin eintreffen, um an dem am 19. Januar stattfindenden Feste des Schwarzen Adlerordens teilzunehmen. Diese Meldung wird nicht verfehlen, meint die „Rhein.-Westf. Ztg.", den Gerüchten, daß Freiherr Marschall v. Bieberstein zum Nachfolger des Fürsten Bülow, der im April zurücktreten soll, ausersehen sei, neue Nahrung zu geben. Fürst Bülow dürfte wahrscheinlich selbst sehr verdutzt darüber sein, daß er im April aus der Wilhelmstraße ausziehen wolle. Wir haben es in der obigen Notiz offenbar mit einem Ausfluß der industriellen Kamarilla zu tun, die Bülow die seidene Schnur ins Haus schicken. Die „Rh.-Westf. Ztg." ist ja Bülow längst nicht grün, weil er seine Politik in der [illegible] [illegible] macht.

[illegible] über den Wahlrechtsrummel.

Während die Blockpresse übereinstimmend feig und verlogen die Wahlrechtsdemonstrationen bedauert und sie der Sache für schädlich erklärt, sind einige freisinnige Abgeordnete wesentlich anderer Meinung. Die „Morgenpost" teilt mit: „Wir hatten gestern Gelegenheit, mit einigen Parlamentariern der linksliberalen Parteien über die Vorgänge am Sonntag zu reden. Die Abgeordneten Träger, Schrader, Gothein und Stanz sind einstimmig der Ansicht, daß die Anwendung der Polizei gegen ausgesprochen friedliche Demonstrationen als ein schwerer Angriff der preußischen Regierung anzusehen sei. Die preußische Bevölkerung und in ihr die organisierte Arbeiterschaft wäre [illegible] genug, um eine Demonstration ohne Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe durchzuführen. Wenn ein Volk, das heute keinerlei parlamentarische Vertretung besitzt und dessen Wünsche nach dieser Richtung fortwährend mißachtet werden, endlich auf eine solche Weise seiner Meinung Ausdruck gibt, so sei es nicht verwunderlich."

Das Funkenmonopol.

Die Novelle zum Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs vom 6. April 1892, die dem Reichstage zugegangen ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 3 erhält folgenden Abs. 2: Elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Verbindungsleitungen Nachrichten vermitteln, dürfen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden.

Hinter § 3 werden folgende Vorschriften eingeschaltet: Auf deutschen Fahrzeugen für Seeschiffahrt oder Binnenschiffahrt dürfen Telegraphenanlagen, welche nicht ausschließlich zum Verkehr innerhalb des Fahrzeuges bestimmt sind, nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden.

§ 3b: Der Reichskanzler trifft die Anordnungen über den Betrieb von Telegraphenanlagen auf fremden Fahrzeugen für Seeschiffahrt oder Binnenschiffahrt, welche sich in deutschen Hoheitsgewässern aufhalten.

In der Begründung wird u. a. ausgeführt: In dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum ihrer praktischen Anwendung hat sich die Funkentelegraphie so entwickelt, daß sie schon jetzt für die Marine, das Landheer und die allgemeine Verkehrstelegraphie unentbehrlich ist. Das Hauptfeld ihrer Anwendung liegt auf dem Meere, im Binnenlande ist sie für die Interessen der Landesverteidigung von großer Wichtigkeit. Um eine Störung im Geben und Empfangen von Funkentelegrammen zu verhindern und zu ermöglichen, daß ein geregelter Funkenverkehr Platz greift, ist es nötig, den gesamten funkentelegraphischen Verkehr unter Einwirkung des Reichs einheitlich nach festen Regeln zu gestalten. Nach den §§ 1 und 15 des Gesetzes über das Telegraphenwesen steht das Recht, Telegraphenanlagen zu errichten und zu betreiben, ausschließlich dem Reiche zu. Um keine Zweifel entstehen zu lassen, ob Funkentelegraphie auch unter dieses Gesetz fällt, hat man beschlossen, dies genau durch eine Novelle zum Telegraphengesetz rechtlich festzulegen.

Aus unseren herrlichen Kolonien.

Gouverneur von Schuckmann meldet unter dem 13. Januar aus Deutsch-Südwestafrika: Der Bondel Klein-Jakobus ist mit 11 Mann und vier Gewehren aus dem Bondels-Reservat entwichen. Er hatte am 3. Januar die Farm Außenkehr am unteren Oranje, etwa 100 Kilometer westlich von Warmbad, beraubt und das dort stehende Vieh abgetrieben. Die Räuber werden durch Patrouillen verfolgt.

Bernard Shaw und die deutsche Majestätsjustiz.

Ein deutscher Genosse sandte unlängst in dem berechtigten Gefühl, daß das Urteil über Marckwald nicht nur dem Politiker, sondern auch dem Satiriker zu denken geben müßte, den Abdruck des Artikels, die „Schandsäule von Memel", an Bernard Shaw und fragte, was Marckwald wohl von englischen Richtern zu erwarten gehabt hätte. Shaw antwortete folgendermaßen:

„Das Urteil wider Marckwald ist vollkommen logisch und korrekt. Das Gesetz gegen Majestätsbeleidigung ist gegründet auf den wohlbekannten Glaubenssatz, daß der König eine geheiligte Person ist. Daraus folgt unweigerlich die Anwendung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis auf die ganze regierende Familie. Wenn der Kaiser geheiligt ist, so folgt daraus, daß alle seine Ahnen bis zu Adam gleichfalls geheiligt sind, genau so, wie die unbefleckte Empfängnis durch die gebenedeite Jungfrau zu dem Schlusse führt (der von einem ökumenischen Konzil hochwürdiger Kirchenmänner gezogen und verkündet wurde), daß die Jungfrau selbst unbefleckt empfangen war, daß auch ihre Mutter unbefleckt empfangen war und so zurück bis zur unbefleckten Empfängnis der Eva. Wenn Marckwald also, wie er es tat, über die Königin Luise schrieb, so hatte er sich nicht bloß der Majestätsbeleidigung, sondern sogar der Gotteslästerung schuldig gemacht. Daß er dem Schicksal entronnen ist, bei lebendigem Leibe am Pfahl verbrannt zu werden, muß er als eine weitherzige Erfüllung der Versprechungen der Milde betrachten, die dem Reichstage gemacht worden sind.

Es ist überflüssig zu fragen, wie man sich in England zu einer solchen Sache stellen würde. Denn das englische Volk hat sich schon im 17. Jahrhundert unwiderleglich dahin entschieden, daß der König ein Mensch ist. Der Eindruck, den der Kaiser auf uns bei seinem neulichen Besuch bei uns gemacht hat, war ja sehr angenehm — aber an unserer Meinung in diesem Punkte hat auch er gar nichts geändert."

Rußland.

Die Volksvertreter in Ketten. Seit der Verurteilung der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma drangen nur spärliche Nachrichten über sie in die Öffentlichkeit. Man erfuhr nur, daß Genosse Lomtatidse im Petersburger Untersuchungsgefängnis an Nervenzerrüttung erkrankte, und daß alle übrigen Verurteilten in das Transportgefängnis übergeführt werden sollten, um spätestens am 11. Januar nach ihrem Bestimmungsort befördert zu werden. Nun bringt ein Petersburger Blatt folgende Einzelheiten über die jetzige Lage der verurteilten Volksvertreter. Die Frauen einiger von ihnen wandten sich an die Behörden mit dem Gesuch, ihre Männer auf die Katorga begleiten zu dürfen. Diese Bitte wurde abschlägig beschieden und ihnen eröffnet, daß ihre Männer nicht nach Sibirien geschafft, sondern ihre Strafe in den Zuchthäusern des europäischen Rußlands verbüßen würden. Am 10. d. M. begann die Überführung der Genossen nach dem Transportgefängnis, wo die „Einkleidung" und die Anlegung von Ketten stattfindet. Ein Teil der Genossen wird vorübergehend im Petersburger Kreuzgefängnis interniert, weil die Zuchthäuser gegenwärtig überfüllt sind. Die Stimmung der Genossen ist eine ruhige, viele von ihnen leiden aber sehr stark unter dem harten Gefängnisregime, vor allem die kaukasischen Genossen Zeretelli, Dschaparidze und Lomtatidse. Ersterer sieht sehr leidend aus und fühlt sich überhaupt sehr krank. Die materielle Lage der Angehörigen der verurteilten Genossen ist höchst traurig. Die meisten von ihnen sind Arbeiter und lassen ihre Familien in der ärgsten Not zurück. Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands wurde die Frage erörtert, die verurteilten Fraktionsmitglieder und ihre Angehörigen materiell zu unterstützen. Ungeachtet der größten Bemühungen, konnte das Zentralkomitee die hierzu nötige Summe nicht auftreiben, und beschloß deshalb, sich an die lokalen Organisationen zu wenden. Die Mitglieder der jetzigen Dumafraktion spendeten für ihre verurteilten Vorgänger ihre Diäten für einen Tag im Betrage von 180 Rub.

Frankreich.

Der Skandal der Ordensgüter. Ein neuer politischer Skandal ist in Frankreich ausgebrochen. Die Liquidation der Ordensgüter wurde von einigen bürgerlichen Politikern und Juristen zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Das von Waldeck-Rousseau 1901 erlassene Vereinsgesetz enthält bekanntlich außer der Sicherheit der Vereinsfreiheit für alle bürgerlichen Vereine eine Reihe von Bestimmungen gegen die Kongregationen. Insbesondere bedürfen die Kongregationen und geistlichen Orden der Genehmigung durch das Parlament und können durch das Parlament aufgelöst werden. In letzterem Falle wird von den Gerichten ein Liquidator ernannt, und die Liquidation der Ordensgüter aller aufgelösten Orden durch den Staat beantragt. Die Parlamentsmehrheit jedoch hatte diesen Antrag abgelehnt und festgesetzt, nur diejenigen Güter sollten sofort dann vom Staate konfisziert werden, auf welche die Mitglieder des Ordens, die aus dem Orden ausgetreten sind, oder die nächsten Erben von verstorbenen Ordensmitgliedern keinen berechtigten Anspruch erheben können. Die Ansprüche sollen gerichtlich geprüft werden, wobei der Liquidator die Rechte des Staates vertritt. Die Gerichte haben darüber zu entscheiden ob die Güter dem Staate oder Privatpersonen zukommen sollen.

Nun hat das Parlament auf Antrag des Ministeriums Combes 1902 bis 1904 sämtliche Kongregationen aufgelöst. Dadurch mußten aber ihre Güter im Gesamtwert von über einer Milliarde liquidiert werden. Die verschiedenen Gerichte stellten eine Reihe von Liquidatoren als provisorische Verwalter der betreffenden Güter an und befahlen ihnen, sofort zur Liquidation zu schreiten.

Der hauptsächlichste Liquidator ist ein Herr Menage. Dieser setzte sich mit mehreren hervorragenden Advokaten in Verbindung, welche die Interessen der Gesamtheit vor Gericht gegen die Einzelansprüche verteidigen sollten. Menage hat nun die Liquidation dieser Güter absichtlich in die Länge gezogen, um für sich selbst und seine Rechtsbeistände um so höhere Honorare herauszuziehen. Ein bedeutender Rechtsbeistand ist der „unabhängig-sozialistische" Abgeordnete Millerand, der ehemalige Handelsminister im Ministerium Waldeck-Rousseau. Millerand hat für die Prozesse und sonstigen Verhandlungen eine Reihe von jungen Rechtsanwälten angestellt, als Sekretäre, da er allein die Arbeit nicht bewältigen kann. Diese jungen Advokaten durchreisen ganz Frankreich, verhandeln hier, plädieren da, während ihr Herr und Meister für sich die bedeutendsten Affären reserviert. Dabei werden alle denkbar möglichen Schikanen erfunden, um ja die Prozesse recht lange zu verzögern.

Meister Millerand läßt sich ausnahmsweise hohe Honorare dabei zahlen, auch wenn einer der „Sekretäre" ihn vertritt; den Sekretär fertigt er nachher mit einem kleinen Honorar ab. Er hat sich sogar für zwei Plaidoyers je zehntausend Francs (achttausend Mark) zahlen lassen, die gar nie gehalten worden sind, da die Prozesse selbst nicht stattgefunden haben. Menage, Millerand und noch einige andere Politiker und Juristen haben so von den Erträgen der beschlagnahmten Ordensgüter in den letzten Jahren Millionen erschwindelt.

Politisch bedeutend ist der Skandal ganz besonders deshalb, weil der Erlös der definitiv konfiszierten Güter den vom Staate gelieferten ersten Fonds für die Altersversicherung der Arbeiter und Arbeiterinnen bilden soll. Die Einführung der Alters-Versicherung wird nun durch die Verschleppung der endgültigen Regelung der Besitzfrage verzögert. Sehr pikant ist die Tatsache, daß gerade Millerand der Haupturheber der Altersversicherungs-Vorlage ist, daß gerade er die „Milliarde der Kongregationen" für die alten Arbeiter verlangt und er vor vier Jahren das Ministerium Combes auf das heftigste angegriffen hat, angeblich wegen seiner Verschleppung dieser sozial sehr wichtigen Vorlage. Combes hat nun eine parlamentarische Untersuchung des Skandals verlangt und Clemenceau hat zugesagt, beide um Millerand den Hals zu brechen, der seit vier Jahren alles daran setzt, um Ministerpräsident zu werden.

Der Skandal ist also da!

Ein freigesprochener Antimilitarist. Die Geschworenen der Provinz haben schon verschiedene Male gezeigt, daß sie verständiger und anständiger sind als die durch die Lektüre der Verleumdungspresse verdummten Pariser Spießbürger. Die Reihe der Blamagen, die sich die Regierung bei der allgemeinen Verfolgung der Antimilitaristen zugezogen hat, ist um eine neue und gründlichere vermehrt worden: Vor dem Schwurgericht von Chalons-sur-Marne stand Genosse Raquillet, Bürgermeister von Mercurey, ein burgundischer Winzer, unter der Anklage, in einem Zeitungsartikel zu militärischem Ungehorsam, zu Mord und allem möglichen sonst „aufgereizt" zu haben. Diese Gerichtsaffäre hat bezeichnenderweise in einem denunziatorischen und lügenhaften Artikel des „Matin" ihren Ursprung. In der Verhandlung legte Raquillet seine antimilitaristischen Anschauungen

die er in der Zeitung etwas ländlich derb stilisiert hatte, mit Offenheit dar. Er bekannte sich als Sozialist und als Gegner des Krieges und des kapitalistischen Heeressystems und erklärte, daß er den Hervéschen Ideen nicht anhänge. Eine lange Reihe von Zeugen geben zu seinen Gunsten Aussagen ab. Es wurde nachgewiesen, daß dieser intelligente Landmann, der in den Pausen einer angestrengten Berufsarbeit selbst die ersten Grundlagen einer ansehnlichen Bildung hat legen müssen, einst ein ebenso tüchtiger, gewissenhafter und kameradschaftlich empfindender Soldat war, wie er jetzt ein tüchtiger, gewissenhafter und opferwilliger Bürgermeister ist oder eigentlich war; denn die Regierung hat ihn vor einigen Tagen, offenbar um auf die Geschworenen Eindruck zu machen, für einen Monat suspendiert, und sie hat ihn abgesetzt. Die Geschworenen sprachen Raquillet trotz der heftigen Anklagerede des Staatsanwalts frei. Dieses Urteil wird in der bürgerlichen Presse eifrig kommentiert. Das „Journal des Debats" findet das Urteil ärgerniserregend und meint, daß es die Destruktionsarbeit des Antimilitarismus ermutige! Alle diese Kritiker mokieren sich mehr oder minder zeitweise darüber, daß sich Raquillet zum Unternehmer hinaufgearbeitet hat und in seiner Wirtschaft Arbeiter beschäftigt. Am besten aber machts der „Temps". Er fährt nämlich gegen die Streber los, die das revolutionäre Programm annehmen, um es zu verleugnen, wenn sie emporgekommen sind. Was sagt der neugebackene Justizminister zu diesem Ausfall seines jetzigen publizistischen Gönners?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 16 Januar.

Zuzug von Maurern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung, Holzarbeiter! Die Wahl des Altgesellen und dessen Vertreter findet am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr, im „Kulmbacher Bierhaus" statt. An derselben können die bei den Innungsmeistern beschäftigten Gesellen teilnehmen.

Der Bürgerausschuß bewilligte 1500 Mk. für Neuanschaffungen usw. für das Staatsarchiv, 400 Mk. zur Anschaffung eines Harmoniums für die Kapelle in Tramm, 925,20 Mk. (und Kosten) für den Ankauf eines Grundstücks in Travemünde, 1000 Mark zu einem Staatspreis beim Wettsegeln des Lübecker Yachtklubs in der Travemünder Bucht, (Wir haben's ja! Red.), 1000 Mk. als Beihilfe für den Landesverein vom Roten Kreuz, 6000 Mk. an den Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs. Weiter wurde beschlossen, den Kaufvertrag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten mit der Gemeinde Travemünde betr. Ankaufs verschiedener Parzellen in Travemünde zu genehmigen. Gutachtlich befürwortete der Bürgerausschuß die Senatsanträge betr. Erhöhung des Gehalts des Registrators der Hanseatischen Gesandtschaft in Berlin, Abänderung der Kaufmannsordnung, Ermächtigung der Vorsteherschaft des von Hertoghe-Armenhauses, 34 000 Mk. zum Neubau des Stiftungshauses zu verwenden, ferner den Zollunterbeamten ein Jahr ihrer Militärzeit als Dienstzeit anzurechnen, weiter, daß für die Südseite der Finkenstraße die Entfernung der Baufluchtlinie von der Straßenfluchtlinie auf 4 Meter festgesetzt werde, sowie daß vom 1. April 1908 ab dem Inspektor des Allgemeinen Krankenhauses nicht mehr freie Station, sondern nur Dienstwohnung und Feuerung gewährt und hierfür von seinem Gehalte jährlich ein Betrag von 400 Mk. gekürzt werde. Dr. Benda beantragte, statt „ein Betrag von 400 Mk." zu setzen: „ein Betrag von 600 Mk." Die von Dr. Benda beantragte Änderung wurde angenommen.

Der Jahresarbeitsverdienst nach dem Unfallversicherungsgesetz. Die Höhe der Unfallrente richtet sich neben dem Grade der durch den Unfall herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit nach dem Jahresverdienst, den der Verletzte vor dem Unfall bezog. Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes unterliegt aber wieder verschiedenen Grundsätzen, je nachdem, ob der Verletzte in einem Betrieb beschäftigt war, der dem Gewerbe- und Bauunfallversicherungsgesetz, dem landwirtschaftlichen oder See-Unfallversicherungsgesetz unterstellt ist. Das letztere kann bei den nachfolgenden Darlegungen außer Betracht bleiben; es handelt sich hier nur um die zuerst genannten drei Gesetze, das Gewerbe- und Bauunfall- und das landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz, von denen wieder die ersten beiden über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes gleichlautende Grundsätze enthalten. Diese seien zuerst dargelegt. Das Gesetz besagt, daß die Rente in der Regel nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsverdienstes zu berechnen ist, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung im Betriebe bezogen hat. Dieser Jahresarbeitsverdienst ist aber in vielen Fällen nicht der tatsächlich erzielte, sondern wird nach bestimmten Regeln festgestellt. War der Lohn nach Zeitabschnitten bemessen, die mindestens den Zeitraum einer Woche umfassen müssen, so ist der wirkliche Jahresarbeitsverdienst nach diesen Raten zu berechnen, also in der Weise, daß z. B. der feststehende Wochenverdienst mit 52 multipliziert wird. In den Fällen — und das ist die übergroße Mehrzahl —, in denen sich der Jahresarbeitsverdienst nicht aus mindestens wochenweise fixierten Beträgen zusammensetzt, also dann, wenn die Versicherten nach Stunden-, Tage- oder Akkordlohn beschäftigt werden, ist der Tagesverdienst nach dem Jahresdurchschnitt festzustellen und dieser mit 300 zu multiplizieren. Der Jahresverdienst darf aber nicht unter dem dreihundertfachen Betrag des von der oberen Verwaltungsbehörde festgesetzten ortsüblichen Tagelohns für erwachsene Arbeiter stehen. Hat der Verletzte im Jahr vor dem Unfall weniger als diesen Minimalsatz verdient, so ist dieser der Berechnung der Rente zugrunde zu legen, ebenso dann, wenn der Versicherte überhaupt keinen Lohn bezog. Dies trifft insbesondere zu bei Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern. Hierbei gilt aber die Ausnahme, daß für Personen, die vor dem Unfall bereits teilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Teil des ortsüblichen Tagelohns zugrunde zu legen ist, der dem Maße der bisherigen Erwerbsunfähigkeit entspricht. In Betrieben, in denen die übliche Betriebsweise mehr oder weniger Arbeitstage als 300 ergibt, wird diese Zahl für die Bemessung des Jahresverdienstes herangezogen. Bei einem Betriebsschlosser zum Beispiel, der regelmäßig an den Sonntagen arbeiten muß, um Reparaturen vorzunehmen, würde der durchschnittliche Tagesverdienst mit der Zahl der im Jahre tatsächlich geleisteten Arbeitstage zu multiplizieren sein. Diese Bestimmung gilt aber nicht für Saisonbetriebe, die ihren Arbeitern nur einen Teil des Jahres Beschäftigung bieten. Für diese bleibt es bei der Zahl 300 als Grundlage für die Bemessung des Jahresverdienstes und zwar ist hier der gesamte Arbeitslohn zu berücksichtigen, der von den Saisonarbeitern im letzten Jahre verdient wurde, also auch der außerhalb des Betriebes, in dem sich der Unfall ereignete, erzielte Lohn. War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Jahresverdienst zu berechnen, den während dieses Zeitraums versicherte Personen mit gleichartiger Beschäftigung und annähernder Gleichwertigkeit der Leistungen in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der dreihundertfache Betrag desjenigen Arbeitslohnes zugrunde zu legen, den der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfalle an denjenigen Tagen, an denen er beschäftigt war, im Durchschnitt verdient hat, gleichgültig ob inner- oder außerhalb der Betriebsstätte, in der sich der Unfall ereignete. Bei der Berechnung des Jahresverdienstes sind auch Tantiemen, Natural- und sonstige Bezüge, die dem Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden und ganz oder teilweise an Stelle des Gehalts oder Lohns treten, mit in Ansatz zu bringen. Es würden also beispielsweise Weihnachtsgratifikationen, wenn sie als ein Teil des Lohnes und nicht nur als willkürlich zu gewährende Geschenke zu betrachten sind, mit zum Jahresverdienst hinzuzurechnen sein. Der Wert der Naturalbezüge ist nach den Ortsdurchschnittspreisen in Anrechnung zu bringen. Übersteigt der Jahresverdienst die Summe von 1500 Mark, so wird der überschießende Betrag nur zu einem Drittel bei Berechnung der Unfallrente in Anrechnung gebracht. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mark würden also nur 1600 Mk. der Berechnung zugrunde gelegt und die Vollrente demnach 1066⅔ Mk. betragen. Diese Berechnungsmethode bedeutet für Arbeiter mit einem 1500 Mark übersteigenden Einkommen, für Betriebsbeamte und selbständige Unternehmer — soweit sie gegen Unfall versichert sind — einen erheblichen Nachteil, der insbesondere für die erste Kategorie immer stärker in die Erscheinung tritt, je mehr es den Gewerkschaften gelingt, höhere Löhne durchzusetzen. Das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft unterscheidet zwei Kategorien von Versicherungspflichtigen. 1. Betriebsbeamte und solche Personen, die eine besondere, technische Fähigkeiten erfordernde Stellung einnehmen (Gärtner, Förster usw.), sowie gewerbliche Facharbeiter (Schmiede, Stellmacher, Maschinisten, Ziegeleiarbeiter), und 2. die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter schlechthin. Wer im Sinne dieses Gesetzes zu der ersten Kategorie gehört, bestimmen die Berufsgenossenschaften für ihren Bezirk durch Statut. Diese Versicherten sind dann bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes den dem Bau- und Gewerbeunfallversicherungsgesetz unterstellten Personen gleichgestellt; solange derartige Bestimmungen von den Berufsgenossenschaften aber nicht getroffen sind, stehen sie den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern gleich. Für die letzteren wird der Betrag des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes von der höheren Verwaltungsbehörde für ihren Bezirk und zwar besonders für männliche und weibliche, für jugendliche und erwachsene Arbeiter festgesetzt. Jugendliche Personen erhalten, wenn ihre Erwerbsfähigkeit durch einen Betriebsunfall vermindert oder aufgehoben wurde, bis zum vollendeten 16. Lebensjahr eine Rente, die nach dem für Jugendliche festgesetzten Jahresarbeitsverdienst berechnet wurde, überschreiten sie das 16. Jahr, so erhöht sich ihre Rente auf den für erwachsene Arbeiter festgelegten Satz. — Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß die ländlichen Arbeiter durch diese Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes gegenüber den gewerblichen Arbeitern schwer benachteiligt werden.

Die Eingabe des Gastwirts F. Siemsen, wohnhaft an der Untertrave, in welcher derselbe um geeignete Vorkehrungen zur Verhütung des Eindringens von Regenwasser in seine Gaststube ersucht, hat insofern Erfolg gehabt, als die Baudeputation sich bereit erklärte, dem Ersuchen nachzukommen. Die Unzuträglichkeiten sind Siemsen aus der Höherlegung der Straße an der Untertrave erwachsen.

Als Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft erhielt die geisteskranke Ehefrau des Arbeiters W. A. Schacht 60,30 Mk.

Die offenen Verkaufsstellen dürfen, wie das Polizeiamt bekannt macht, im Jahre 1908 am 11. und 18. April, 6. Juni, 18. Juli, 14., 15., 16., 17., 18., 19., 21., 22. und 23. Dezember bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Für diese Tage finden zugleich die Bestimmungen des § 139 e, nach welchen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von bestimmter Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Umherziehen verboten.

pb. **Auf frischer Tat ertappt** bei einem Diebstahle wurde in einem Hause der großen Burgstraße ein stellungsloser Kellner aus Süchteln. Der Dieb, der eine Menge Einbrecherwerkzeuge, sowie zwei Damenportemonnaies bei sich führte, wurde festgenommen. Das eine Portemonnaie ist aus grünem Leder gefertigt und mit Messing beschlagen, das andere ist rot.

pb. **Diebstahl.** Aus einer Mädchenkammer in der Schwartauer Allee wurde gestern eine silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand nebst goldener Kette ohne Schieber gestohlen.

pb. **Der Unterschlagung verdächtig.** Festgenommen wurde ein Schornsteinbauer, der dringend verdächtig ist, seinem Arbeitgeber 400 Mk. unterschlagen zu haben.

pb. **Ein verlorenes Armband.** Am zweiten Weihnachtsfeiertage in der Zeit von 8½—10 Uhr ist einer Dame auf dem Wege von der Königstraße nach der Rathaushalle, bezw. in der Rathaushalle, ein goldenes Scharnier-Armband im Werte von 70 Mk. verloren gegangen. Da das Armband bisher nicht abgeliefert wurde, so dürfte Fundunterschlagung vorliegen.

pb. **Sittlichkeitsverbrechen.** Festgenommen wurde ein Bäckerknecht wegen eines Verbrechens nach § 176, 3 des Str.-G.-B.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Das herrliche Werk des unsterblichen Meisters Richard Wagner „Die Meistersinger von Nürnberg" gelangt Freitag zur Aufführung. Den Hans Sachs singt Herr Engel, das Evchen Frl. Reusch. Natürlich sind in den weiteren Hauptrollen sämtliche Opernmitglieder beschäftigt. Sonnabend wird „Der Königsleutnant" von Gutzkow zum Einheitspreise von 50 Pfg. gegeben. — Das letzte Gastspiel im Hansatheater bringt am Freitag das spannende Schauspiel „Der Strom", von Max Halbe.

Schwartau. Die Besitzer von Hunden machen wir darauf aufmerksam, daß diese vierbeinigen Haustiere bis zum 1. Februar beim Gemeindevorsteher angemeldet sein müssen, widrigenfalls die Besitzer in Strafe genommen werden.

Schwartau. Achtung Parteigenossen. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Freitag den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Da außer anderen wichtigen Gegenständen der Tagesordnung Genosse Zeidler einen Vortrag halten wird über „Klassenkampf und Arbeiterschaft" ist es Ehrenpflicht aller Parteigenossen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Neumünster. Großfeuer. Mittwoch früh 3½ Uhr ist die Tuchfabrik von Pries und Liebeck in der Wittorfer Straße abgebrannt. Die Löscharbeiten wurden dadurch sehr erschwert, daß das Wasser gefroren war. Es konnten nur die Bücher gerettet werden. Dem günstigen Wind war es zu danken, daß die Nachbarhäuser verschont blieben. Viele Arbeiter sind brotlos geworden.

Hamburg. Bauunfall mit tödlichem Ausgang. Dienstag nachmittag war der Arbeiter Reinhold König, wohnhaft Ausschläger Billdeich 76, bei einem Neubau am Neuenwall beschäftigt, die Aufzugsanlagen des im Entstehen begriffenen Fahrstuhles zu vervollkommnen, als plötzlich die Stützen brachen, auf den der Fahrstuhl zirka 2 Meter über dem Erdboden lag. K., der mit einer Benzinlötlampe in der Hand unter dem Fahrstuhl arbeitete, wurde von dem Fahrstuhl zerquetscht und erlitt auch infolge Explodierens der Benzinlötlampe schreckliche Brandwunden. Der Schwerverletzte ist im Hafenkrankenhause, wohin er geschafft wurde, noch am gleichen Abend gestorben. — Selbstmord aus Liebesgram. Gestern morgen kurz vor 10 Uhr stürzte sich aus dem Fenster der zweiten Etage des „Börsenhotels", Mönckedamm, ein 16jähriger Kellnerlehrling. Mit zerschmetterten Gliedern blieb er tot am Boden liegen. Die Leiche kam ins Hafenkrankenhaus. Motiv: Liebesgram. — Gegen die Münchener Wochenschrift „März" wurde wegen ihrer Kritik, die sie am Woermann—Guthransohn-Prozeß übte, von Amts wegen die Beleidigungsklage angestrengt. — Schiffsuntergang. Der am 24. Dezember mit einer Ladung Kohlen von Swansea nach Pelée abgegangene französische Schoner „Elisabeth" der Reederei H. Joubert in Hennebont wurde am 29. Dezember bei heftigem Sturm 6 Grad 14 Minuten westlich und 49 Grad 6 Minuten nördlich entmastet, leck und mußte von der aus zehn Mann bestehenden Besatzung in sinkendem Zustande verlassen werden. Die Besatzung wurde von der dänischen Bark „Taora" gerettet und gestern in Brunsbüttel Koog gelandet. Die Leute, die nur das nackte Leben gerettet haben, werden in den nächsten Tagen durch den französischen Konsul in Hamburg in ihre Heimat gesandt.

Hamburg. Eine stürmische Reise hat die mit einer Ladung Salpeter von Iquique angekommene Hamburger Viermastbark „Anakonda" gehabt. An der englischen Küste sind zwei Mann der Besatzung, der Zimmermann und ein Matrose, von Sturzseen über Bord gespült worden und konnten nicht gerettet werden. Der von Calera Buena eingetroffenen englischen Viermastbark „Bracadale" sind während eines orkanartigen Sturmes einige Rettungsboote zertrümmert worden. Das Deck und die Verschanzung sind an verschiedenen Stellen schwer beschädigt worden.

Harburg. Sittlichkeitsverbrechen. An einem Mädchen, das gestern nachmittag vom Konfirmandenunterricht in Hittfeld kam und auf dem Wege nach Maschen war, wurde von einem Unbekannten ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Unhold entkam unerkannt.

Kiel. Ein Unfall des Kreuzers „Scharnhorst". Der Panzerkreuzer „Scharnhorst" geriet auf einer Übungsfahrt bei Bülk auf eine Untiefe und riß sich dabei den Doppelboden in einer Länge von etwa 30 Metern auf, wobei die Heizräume voll Wasser liefen. Weiteres Unheil wurde nur durch rechtzeitiges Schließen der Schotten verhütet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Kreuzer konnte mit eigener Kraft die Kaiserliche Werft aufsuchen, wo er sofort gedockt wurde.

Niebüll. Schweres Brandunglück. Im benachbarten Süderlügum ist Montag abend der Hof des Hofbesitzers Peter Thiensen gänzlich niedergebrannt. Leider ist dabei der siebenjährige Sohn in den Flammen umgekommen. Während der Vater auf der Lohdiele beschäftigt war, waren die beiden Knaben von 11 und 7 Jahren in der Scheune. Ob sie dort mit Zündhölzern hantiert haben, ist noch nicht aufgeklärt, jedenfalls ist dort das Feuer zum Ausbruch gekommen. Der Vater erhielt von dem älteren Knaben Bescheid von dem Ausbruch des Feuers, worauf er sofort das Vieh loskettete. Von dem 7jährigen Knaben ist nichts wieder gesehen, man hat allerdings auch noch nicht die Leiche gefunden, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß er in der Scheune den Tod fand. Zwölf Stück Vieh, ein Pferd und zwei Schweine verbrannten, ebenso wurde die Ernte, das Inventar und auch der größte Teil des Mobiliars ein Raub der Flammen.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Dem „Berl. Lokalanzeiger" zufolge ist gegen die eine Hälfte der am letzten Sonntag verhafteten Demonstranten wegen Übertretung des Polizeiverbots und gegen die andere Hälfte wegen Landfriedensbruchs Anklage erhoben worden. Die Behörden erwägen, ob der Berliner Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei als Anstifter zur Verantwortung gezogen werden könne.

Magdeburg. In Warmstadt bei Kalbemilde wurde gestern ein Mühlenarbeiter verhaftet, der 1905 schon einmal unter dem dringenden Verdachte, in Schlesien den Müller Knappe ermordet und beraubt und seine Besitzung in Brand gesteckt zu haben, festgenommen, auf dem Transport aber entflohen war.

Salzwedel. Als in der vorvergangenen Nacht auf dem Kaliwerk Schreyahn bei Wustrow ein Schwungrad ausgebessert wurde, setzte sich dieses in Bewegung und der im Rad arbeitende Schmied wurde mit herumgeschleudert und getötet. Der am Schwungrad befestigte Förderkorb sauste in die Tiefe und erschlug einen auf der Schachtsohle arbeitenden Bergmann und verletzte drei andere schwer.

Straßburg. In dem Grenzort Plainfaing wurde von einem Verein ein Theaterstück aufgeführt, in dem auch geschossen werden mußte. Als der erste Schuß krachte, brach der 20jährige Mitspieler Maison auf offener Bühne von einer Kugel ins Herz getroffen tot zusammen. Es wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet, wie die Kugel in die Schußwaffe gekommen ist.

Allerlei Wissenswertes.

Der Ursprung des Todes.

Wenn die Gelehrten erst wissen werden, was das Leben ist, werden sie wahrscheinlich auch eine Erklärung für den Tod finden; aber vorläufig ist diesen Fragen mit den Lebens

der Wissenschaft nicht beizukommen. Freilich hat Dubois Raymond bei seinen Untersuchungen über die Grenzen des Naturerkennens die Lösung des Rätsels vom Leben nicht als hoffnungslos bezeichnet, und es finden sich auch immer wieder Naturforscher, die mit Grübeleien oder auch mit Experimenten der Wahrheit in diesem Punkt näher zu kommen suchen. Eine merkwürdige, aber durchaus geistreiche Anschauung über das Wesen des Todes hat Dr. Minot vorgebracht. Dieser Gelehrte äußerte in einem Vortrag, dessen hauptsächlichen Inhalt die Wochenschrift „English Mechanic" wiedergibt, die Meinung, daß der Tod keine allgemeine Begleiterscheinung des Lebens sei und begründete diese Auffassung mit dem Hinweis, daß bei den niederen Lebewesen der Tod nicht als ein natürliches und notwendiges Ergebnis des Lebens erscheine. In der Tat ist gewissen anderen Lebewesen eine Unsterblichkeit zuerkannt worden, allerdings nur in ganz bestimmten und beschränktem Sinne. Ein Urtierchen, das aus einer einzigen Zelle besteht, vermag sich durch einfache Teilung fortzupflanzen, so daß das mütterliche Individuum gar nicht zu Grunde geht, sondern leibhaftig in seinen Kindern, also gleichsam in vermehrter Auflage weiterlebt. In Stunden der Muße hat ein Naturforscher gelegentlich ausgerechnet, daß die auf diese Weise hervorgebrachte Nachkommenschaft eines solchen Urtierchens, dessen einzelne Individuen in einem Wassertropfen nur unter dem Mikroskop erkennbar sind, nach 24 Stunden — vielleicht war es auch eine Woche — eine Masse darstellen würde, zu deren Fortschaffung ein Eisenbahnwagen notwendig wäre. Da eine solche Vermehrung innerhalb des Haushalts der Natur, wo so viele Wesen Platz finden müssen, unstatthaft ist, so ergibt sich von selbst der Schluß, daß von diesen Wesen außerordentlich viele zugrunde gehen müssen, und das ist auch der Fall. Sie sterben aber nicht in der Weise, wie ein Mensch oder eines der höheren Tiere aus dem Leben scheidet, sondern sie werden immer durch ein zufälliges, vorübergehendes Ereignis vernichtet oder, mit anderen Worten, sie sterben nie an Altersschwäche. Wenn sie ein gewisses Wachstum und Alter erreicht haben, so teilen sie sich eben in eine mehr oder weniger große Anzahl von Teilen, deren jeder nun ein junges Individuum darstellt, das für sich zu wachsen beginnt, bis die Zeit der Teilung auch für dieses herangekommen ist. Nun greift aber der Kampf ums Dasein gewaltsam in diese unsterbliche Folge von Vermehrungsvorgängen ein. Millionen dieser Tierchen werden in jedem Augenblick von größeren Tieren mit dem Wasser verschluckt, und die Zahl und Mannigfaltigkeit anderer Möglichkeiten, ihr Leben zu verlieren, ist für sie unbegrenzt. Immerhin kann mit Recht gesagt werden, daß es einen natürlichen Tod in eigentlichem Sinne für diese Urtierchen nicht gibt. Der Tod muß daher bei der späteren Entwickelung der Lebewelt, und zwar für die Pflanzen wie für die Tiere, sich ausgebildet haben, und Minot ist also wohl im Recht mit der Behauptung, daß der natürliche Tod ein Ergebnis der Entwickelung der Lebewesen sei oder, was gleichbedeutend damit ist, ein Ergebnis der zunehmenden Differenzierung der Lebewesen. Nachdem die Zellen die Fähigkeit erworben haben, aus ihrem einfachsten Zustand zu einem verfeinerten und komplizierten Bau überzugehen und sich in einer Mehrzahl und Vielzahl zu höheren Gebilden zusammenzufügen, wo jede Zelle für sich eine besondere Aufgabe übernimmt, für sie dann auch besonders ausgebildet ist, verliert die Zelle als Buße für diese höhere Entwickelung einen Teil ihrer Wachstums- und Lebensfähigkeit, und sie verfällt dem Tod. Der Tod wäre demnach der Preis, den die Lebewesen für ihre Entwickelung von Stufe zu Stufe bis zum Menschen herauf zu zahlen gehabt haben.

Känguruh und Emu.

die beiden Wappentiere Australiens, sind, so lesen wir in der „Köln. Ztg." so selten geworden, daß die Bundesleitung sie nachdrücklich vor dem Aussterben zu schützen strebt. Die Eingeborenen erlegen die Tiere, wo sie sich blicken lassen, aber schlimmere Feinde sind die Weißen, da sie mit Pulver und Blei und mit Hunden hinter den wehrlosen Tieren her sind. Bisher waren die Emus sechs Monate geschützt, jetzt sollen sie überhaupt nicht mehr erlegt werden dürfen; ebenso sind weite Landstriche als Schutzgebiet für Känguruhs erklärt worden, auf dem vorläufig auf die Dauer von zehn Jahren das Töten eines Känguruhs bei schwerer Strafe verboten ist.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 15. Januar.

Weizen, 115—127 Pfd. holl. 192—212 Mk. **Roggen** 114—123 Pfd. holl. 185—195 Mk. **Hafer** nach Qualität 140—165 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste**, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 15. Januar.

1. Klasse	295	Drittel	zu	126,13 Mk.	im Durchschnitt.
2. „	25	„	„	122,43 Mk.	„ „

Sternschanz-Viehmarkt

15 Januar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 360 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 55 Mk., leichte 53—53 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Kuratordistrikt.
Freitag, den 17. Januar, 8½ Uhr,
in „Reslauerhof".

Silvesterfeier-Komitee
Freitag, den 17. Januar,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Gesangverein „Eintracht"

Die Sänger werden ersucht, am Freitag, den 17. Januar, morgens 9 Uhr, im Vereinshaus zu erscheinen.
Der Vorstand.

Unserm Freund **H. Heitmann** zu seinem [illegible] ein [illegible] Donnerndes Hoch, daß [illegible] in der [illegible] macht.

Freundl. möbl. Zimmer [illegible] Eingang [illegible] Str. 17, part.

Eine Wohnung [illegible]

Chr. Bock, Kerl.

[illegible] 1. April 1908

2 Tagelöhner-Familien

bei hohem Lohn u. [illegible] Kartoffelland, Futter für 1 Kuh oder 2 [illegible] [illegible] freie Feuerung und 10 Mk. [illegible] **Wentzel**, [illegible] [illegible] bei [illegible]

Wittwe, [illegible] als Haushälterin. Ang. unter P. [illegible] an die Exped. d. Bl.

Haus Obertrave 27 zu verk.
Näheres daselbst:
Hans H. Bahcz. [illegible]

Plüschgarnituren bill. zu verk.
Johannisstraße 44.

Gefunden eine Uhr. Abzuh. gegen Erstattung d. [illegible]

Frau Schönbaum, Hebamme
wohnt [illegible] 11, I.

Empfehlung.

Schinkenfleisch	per Pfd.	60 Pfg.
Karreefleisch	„	60 „
bestes [illegible] Rindfleisch	„	60 „
Schweinefleisch	„	60 „
Gekochter Speckfleisch	„	70 „
Schreiben Speckfleisch	„	100 „

Sämtliche Wurstwaren billigst.

Ich will nicht unterlassen, ergebenst zu bemerken, daß ich nur prima Ware verarbeite und verkaufe, wovon jede Hausfrau sich nach einmaligem Versuch überzeugen kann und welches mir von allen meinen werten Kunden bestätigt wird.

Ausnahmsweise heute und folgende Tage sämtliche Ochsen- u. Schweinebratenstücke Pfd. 60 Pfg.

Willy Stapelfeldt,
Wickedestr. 5. — Engelsgrube 66.

Mein neu eröffnetes Restaurant u. Klublokal

empfehle allen Freunden und Bekannten, auch Frühstücksstamm u. Essen zu jed. Tageszeit. Zu gütigem Besuch ladet ergebenst ein.
Hochachtungsvoll
C. F. Leukefeld.

Achtung Bauarbeiter!

General-Versammlung

am Freitag, den 17. d. M.,
abends 8 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstrasse 50–52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907.
2. Jahresbericht.
3. Antrag der Ortsverwaltung.
4. Wahl der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Kombinierte Versammlung

am Freitag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52.

Tages-Ordnung:

Bericht der Kommissionen über die stattgefundenen Verhandlungen betr. Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Diejenigen Kollegen und Kolleginnen der in betracht kommenden Betriebe werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Der Einberufer.

Ritter Blaubart und die 7 Frauen.

TON-HALLE.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Fackenburger Allee 10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. K. A.:

Arbeitshosen	2,25—4,45
Maurerhosen	2,60—4,75
Schlosserjacken	1,85—5,25
Zimmergesellhosen	1,95—3,25
Bauern-Jacken	1,65—3,25

Leinene Jacken, schwarze und gestreifte, 1,25 Hosen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Hosen-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 20 Pfg. bis 1,25 Mk.
Beste Ausführungen.

Zuschneidekursus.

Diejenigen Herren, die gewillt sind, am Zuschneidekursus teilzunehmen, ersuche ich, Sonnabend abend 9 Uhr im Vereinshaus zu erscheinen.

Robert Berg, Yorkstraße 32.

Visit-Karten

auf f. Elfenbeinkarten
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
die Druckerei des Lüb. Volksboten
Johannisstraße 46.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

der Zentral-Kranken-Kasse
Grundstein zur Einigkeit
am Freitag, den 17. Jan.,
abends 8 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal u. Jahresabrechnung für 1907.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Morgen Freitag, den 17.,
abends 8½ Uhr,
General-Versammlung

Großer Jubiläums-Ball
25jähriges Stiftungsfest
der Sterbekasse „Fidelitas"
für Männer und Frauen in Lübeck
am Sonntag, den 19. Januar,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Lokalöffnung 5½ Uhr. Anfang 6 Uhr.
Ende 2 Uhr.
Fremdenpreis 50 Pfg., wofür 1 Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg.
Hierzu ladet ganz erg. ein **Der Vorstand.**

Turn-Verein Stockelsdorf u. Umgegend.

8. Stiftungs-Fest

Ball verbunden mit Aufführungen und Kappenfest
am Sonntag, 19. Januar,
bei **H. Dose**, Stockelsdorf.
Anfang 5 Uhr. Ende morgens
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Freitag, den 17. Januar. 8 Uhr.
Letztes Gastspiel.
Der Strom.
Schauspiel in 3 Akten von Max Halbe.
Billets im Vorverk. bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Freitag, 17. Januar. 7 Uhr.
[illegible] Abonn.-Vorst. 16. Freitags-Abonn.
Die Meistersinger von Nürnberg.
Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**
Der Königsleutnant.
Lustspiel in 5 Akten von Gutzkow.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 13. Donnerstag, den 16. Januar 1908. 15. Jahrg.

Zum Stand der Krise.

Es gibt Industriezweige, die gleichsam wie ein Barometer den Stand der Konjunktur mit ziemlicher Zuverlässigkeit angeben. So die elektrische Industrie, die noch immer sehr gut beschäftigt ist, was darauf hindeutet, daß die Installationen in den Betrieben zahlreicher Industrien, die sich der elektrischen Kraft bedienen, noch andauern. In der Tat ist der Aufschwung der Elektrotechnik in den letzten Jahren eine der auffallendsten Erscheinungen und mit dem wirtschaftlichen Hochflug derart verknüpft, daß einer ohne den andern gar nicht denkbar ist. Wie sehr aber die elektrotechnische Industrie mit der allgemeinen Konjunktur zusammenhängt, beweist die Statistik der Elektrizitätswerke mit unzweideutigen Zahlen. Während in den Jahren der Depression nur wenige Dutzend neuer Werke in Betrieb gesetzt wurden, beträgt diese Zahl in der Aufschwungsperiode 1897—1900: 108, 152, 136, 140; und in der eben zu Ende gehenden Konjunkturperiode wurden in Betrieb gesetzt bis 1. April 1905: 165; 1906: 147; 1907; 163. Dazu kommen noch zirka 200 Zentralen, von denen Daten nicht vorlagen und 368 Werke, deren Bau im April 1907 erst begann. Gegenwärtig dürften also in Deutschland an die 1900 Elektrizitätswerke in Betrieb sein.

Ein zweiter Pegel, an dem der Stand der Industrie gemessen werden kann, ist die Kohlenförderung und der Kohlenverbrauch. Auch sie lassen zur Stunde noch keine scharfe Einsenkung der Konjunkturkurve erkennen. Vor allem aber darf der Eisenabsatz als ein ziemlich verläßlicher Maßstab gelten. Denn Eisen ist gleichsam das Rückgrat der Industrie, wächst sein Verbrauch, dann ist dies ein Beweis für die fortschreitende Industrialisierung, für die gesteigerte Nachfrage von Maschinen und Werkzeug, für die Ausgestaltung der Betriebe.

Nun liegt eine in dieser Beziehung wichtige Publikation vor: der November-Bericht des Stahlwerksverbandes. Und der konstatiert zum erstenmal eine Abschwächung des Eisenabsatzes! Eine solche Kundgebung darf der Proletarier und kleine Mann nicht unbeachtet lassen. Denn sie bezeugt, daß nicht bloß auf dem Eisenmarkte ein Rückgang eingetreten, sondern daß in der Industrie überhaupt die Intensität der Beschäftigung abgenommen hat, daß die produktive Tätigkeit nachläßt.

Das Abflauen der Konjunktur, vom mächtigen Stahlwerksverband lange verleugnet, machte sich in der Verringerung des Absatzes und in der Herabsetzung der Preise geltend. Sogar der Stahlwerksverband kann die Preise nicht mehr halten und muß, nachdem er so lange Zeit die kolossalsten Gewinne eingestrichen, nunmehr seine Preispolitik ändern, muß wieder bescheidener werden! Ja, er forciert heute stärker denn je das Exportgeschäft und betritt Absatzgebiete, die bisher eine unbestrittene Domäne der österreichischen Eisenindustriellen waren (Italien). Und sogar im eigenen Lande muß die österreichische Eisenindustrie die Konkurrenz über sich ergehen lassen!

Nach den Mitteilungen des Stahlwerksverbandes blieb der November um 15 877 Tonnen gegen den Oktober zurück, und der Rückgang wäre noch größer, wenn nicht gleichzeitig eine Steigerung des Verbrauches an Oberbaumaterial eingetreten wäre. Das einzugestehen, mag dem Stahlwerksverband keine kleine Überwindung gekostet haben; denn selbstverständlich kann er die von ihm in die Höhe geschraubten Preise nicht halten. Er rechnet denn auch mit einem weiteren Sinken der Preise — ein deutlicher Beweis, daß es sich nicht bloß um eine momentane, rasch vorübergehende Stockung handelt.

Selbstverständlich wartet der Verband mit der Ausfertigung der neuen Preislisten so lange als möglich, wie ja auch die Abnehmer in Erwartung billiger Preise sich mit neuen Aufträgen und Bestellungen möglichst lange Zeit lassen. Wenn aber neue Kapitalsinvestitionen unterbleiben, die Betriebserweiterungen verschoben werden, die Lager sich wieder füllen — dann ist es für den Arbeiter wahrhaftig keine Lust zu leben. Denn während der Unternehmer vom Fettüberschuß der Konjunktur zehrt, ist dem Arbeiter nur die allgemeine Lebensmittelteuerung und Preissteigerung der Bedarfsartikel übrig geblieben.

Soziales und Parteileben.

In einem Prozeß wegen schwarzer Listen, der gegen Düsseldorfer Unternehmer wegen Schadenersatzes angestrengt ist, ersucht die Düsseldorfer „Volkszeitung" alle Genossen, ihnen bekannte Urteile möglichst bald an das Arbeitersekretariat Düsseldorf, Kasernenstraße 67a, einzusenden. Den Einsendern werden eventuell Portokosten 2c. gern von dem Suchenden vergütet.

Kruppsche Wohlfahrt. Vor dem Gewerbegericht Friemersheim wurde am Donnerstag wieder über sechs Klagen Kruppscher Arbeiter auf Zurückerstattung der eingezahlten Beiträge zur Pensionskasse verhandelt. Allen Klagen wurde stattgegeben und die „Wohlfahrtsfirma" zur Herausgabe der widerrechtlich vorenthaltenen Beiträge verurteilt. Die Firma scheint nach den verschiedenen gleichen Reinfällen immer noch nicht von ihrer famosen „Wohlfahrt" kuriert zu sein.

Die Gründung gelber Gewerkschaften innerhalb der Bergarbeiterkreise im Ruhrrevier hat man schon einige Male versucht. Wenn auch innerhalb der Bergarbeiterkreise vier verschiedene Organisationen bestehen (der alte Verband, der christliche, der nationalpolnische und die Hirsch-Dunckerschen Mitläufer) und schon hieraus logischer Weise eine prinzipielle Bekämpfung rekrutiert, so hat doch der „gelbe" Organisationsversuch bis jetzt unter den Ruhrbergleuten noch immer Schiffbruch erlitten. Neuerdings scheint man nun mit verdoppeltem Eifer an die Gründung dieser sogenannten „nationalen" Organisation heranzugehen und zwar ist es die „Gutehoffnungshütte" bei Sterckrade, auf welche die bergkapitalistischen Drahtzieher ihre „gute Hoffnung" gesetzt zu haben scheinen. Zwar hat eine kürzlich einberufene öffentliche Bergarbeiterversammlung durchaus versagt, indem nur eine ganz verschwindend kleine Zahl von Bergleuten es überhaupt der Mühe Wert gehalten hatte, zu erscheinen, so daß die Macher ihre bereits fix und fertigen Statuten wieder einpacken mußten; indes das scheint die Hintermänner der Gelben noch nicht entmutigt zu haben, denn jetzt versucht man mit Hilfe der Steiger die Angel auszuwerfen. So sollen einige Steiger sich dazu bereit gefunden haben, Listen zirkulieren zu lassen in den einzelnen Abteilungen. Auch soll das „Komitee" des erst noch zu gründenden Vereins bereits bei der Direktion der „Gutehoffnungshütte" um eine einmalige Zuwendung von 10000 Mark eingekommen sein! — Ob das denn nun endlich zieht? Hoffentlich nicht. Doch: Bergarbeiter, seid gewarnt!

Aus dem Arbeiter-Turnerbund. Das verflossene Jahr, schreibt die „Arbeiter-Turnzeitung" in ihrer letzten Nummer, ist für die Entwicklung unseres Bundes von ganz hervorragender Bedeutung gewesen. Als Morgengabe brachte es uns jenes bekannte, grob hingehauene Wahlflugblatt des Deutschen Turnausschusses. Damals glaubte man, den „Furor teutonicus" benutzen zu können, um die politisch organisierte Arbeiterschaft niederzureiten. Da durften auch die Don Quichottes der Deutschen Turnerschaft im Heerhaufen der wilden Reiter nicht fehlen, galt es doch, die verhaßten „Roten Turner" so nebenher mit über den Haufen zu rennen. Freilich, schlechte Reiter waren es, die auf klapperdürrer Mähre dahertrabten, Siloesterreiter, politische Abenteurer in der Maske des alten Jahn! Im Heerhaufen des „berühmten" Reichsverbandsgenerals glaubten die Götz und Rühl ihr weiß-rotes Fähnlein zum Siege führen zu können. Ach, er ist ihnen schlecht bekommen, der ungewohnte Ritt! Die Schlachtgäule waren keine ledergepolsterten frisch-fröhlichen Turnpferde, mit durchgerittenen Hinterteilen kehrte der Troß in seine Quartiere zurück. Bald erlebten wir als Schlußakkord des Operettenfeldzuges das lustige Feldgericht in Worms. Derweilen haben wir „Roten" einen erfolgreichen Einfall nach dem andern ins feindliche Territorium unternommen und manche schöne Beute heimgebracht. Aber auch an der Stärkung unserer inneren Position haben wir es nicht fehlen lassen. Am Anfang des Jahres betrug die Zahl der über 14 Jahre alten Mitglieder rund 100 000, wozu zirka 8000 Schüler kommen. Nachgemeldet wurden von neugebildeten und aus der Deutschen Turnerschaft übergetretenen Vereinen rund 14 000 Mitglieder. Auf den Ergänzungslisten wurden rund 36 000 Mitglieder nachgemeldet, so daß der Bund jetzt rund 150 000 Angehörige zählt. Die „Arbeiter-Turnzeitung" hat im vergangenen Jahre um rund 20 000 Abonnenten zugenommen, sie hat jetzt 80 000 Auflage. Die „Freie Turnerin" hat sich einen Abonnentenkreis von 4000 erworben. Dieser Fortschritt spricht für sich selbst. Beide Zeitungen werden jetzt auch auf besseres Papier gedruckt. Durch die auf Beschluß des Bundesturntages errichtete Handelsfirma ist dem Bunde eine ganz ausgezeichnete Einnahmequelle erschlossen worden. Sie kann jedoch noch ganz bedeutend ergiebiger gemacht werden, wenn die Vereine allesamt ihre Einkäufe im eigenen Geschäft machen. Schließlich sei die Errichtung der österreichischen Zentralstelle noch erwähnt. Möge dieses Opfer — es ist kein geringes — das der Bund im Interesse der Turnsache bringt, unsere Bewegung im Bruderlande mächtig vorwärts bringen, zum Wohle des gesamten Bundes. So ist der Erfolg, den der große Ritt den „roten Turnern" gebracht hat! Wir können zufrieden sein. Auch die Stellungnahme der Behörden hat nicht vermocht, uns auch nur einen Schritt aufzuhalten. So bedauerlich im Staatsinteresse diese Stellungnahme sein mag und so wenig die uns angedichteten umstürzlerischen Neigungen begründet sind, wir haben diesen Kampf nicht zu bedauern, uns bringt er täglich mehr Sympathien im Volke ein. Neuerdings versucht man ja, den Vereinen einige gesetzliche Erleichterungen zu bringen. Ob der Versuch glückt oder nicht, auf die Entwicklung unserer Sache wird er wenig Einfluß haben. Wir sind auch so prächtig gediehen und werden weiter fortschreiten, ob mit oder ohne Reichsvereinsgesetz. Wenn es den deutschen Polizeinaturen so schwer fällt, sich von altem, überlebtem Plunder zu trennen, mögen sie ihn ruhig reichsgesetzlich konservieren, wir haben den Schaden nicht. Unser Weg geht vorwärts ohne Zagen.

Zusammenschluß der Transportarbeiter in Belgien. Am 25. Dezember, nach der Tagung des Kongresses der belgischen Gewerkschaften, wurde eine Spezialkonferenz für die Transportarbeitergruppen abgehalten. Zweck der Konferenz war die Gründung einer Federation der Transportarbeiter für Belgien. Vertreten waren: Brüssel, Gent, Luik, Verviers, Ostende, Brugge, Molenbek und Antwerpen. Vorläufig wurde ein Komitee von fünf Mitgliedern ernannt, welches so schnell als möglich den Entwurf eines Statuts herstellen soll. Sobald die Federation gegründet sein wird, besteht die Absicht, sofort den Anschluß an die Internationale Transportarbeiter-Federation zu vollziehen. Jetzt schon sind der I. T.-F. angeschlossen: Die Fuhrleute in Verviers, die Hafenarbeiter in Antwerpen und Gent und die Seeleute in Antwerpen. Durch die Vereinigung der Hafenarbeiter, Seeleute, Straßenbahner, Fuhrleute und Droschkenkutscher in eine Federation wird die Aktionsfähigkeit dieser Gruppen ohne Zweifel stark erhöht werden. Für die Eisenbahner besteht das Koalitionsrecht nicht, aber auch für diese Gruppe wird sich ein Weg finden lassen, sie der Federation zuzuführen.

Zu den Massenmorden in Chile, begangen an streikenden Salpeterarbeitern, schreibt jetzt der „Vorwärts": Aus Chile in Südamerika kam vor etwa zwei Wochen die Meldung, daß einige hundert Arbeiter, die im Salpetergebiet in einen Streik getreten waren, vom Militär mit Maschinengeschützen zusammengeschossen wurden. So lautete kurz die Meldung, zu der erst jetzt nähere Einzelheiten vorliegen. Die Arbeiter sind eingeborene Halbindianer, die durch empörende Behandlung, unmenschlich

Das sonderbare Duell.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(Schluß.)

Schweigend schritten die beiden Männer nach der Stadt zurück; als sie aber Bentleys Hütte passierten, wollte dieser sie nicht vorüber lassen ehe sie nicht noch einmal getrunken hätten.

„Hallo, Boys," rief er sie an — „schon wieder da? ich habe ja gar nichts knallen hören?"

„Euere Zwiebeln haben versagt, Alter!" lachte der Amerikaner, aber der Fremde hat sich wie ein Mann benommen."

„Dann muß er auch trinken," rief der Alte — „kann gar niemand hier vorbeikommen, ohne zu trinken. Bei Gott nicht."

Es half nichts; sie mußten ihm Bescheid tun, und erst dann ließ er sie ziehen und versprach auch, die „Pulverfässer" aus dem Weg zu schaffen, damit da draußen kein Unglück passiere.

In Ralffons Brust kämpften aber auf dem Rückweg in die Stadt die widersprechendsten Gefühle miteinander. Hatte der Amerikaner ihm die volle Wahrheit gesagt — war Jenny wirklich schon sein Weib? aber er durfte nicht zweifeln und Jennys eigenes, wunderliches und rätselhaftes Betragen bestätigte ja doch auch fast jedes Wort, das er über ihre geistige Krankheit gesprochen.

Und wie würde sie ihn jetzt empfangen? Wenn sie ihn wieder um seinen Schutz und Beistand anflehte, durfte er ihr versagen? — war es nicht sogar besser, daß er selber mit ihr zu ihres Vaters Hütte zurückkehrte, um dort die volle Bestätigung des Furchtbaren zu erfahren? Er wußte selber nicht, was er tun, wie er handeln solle, und noch von den quälenden Gedanken bedrängt, erreichten sie endlich das Hotel wieder, in welchem Ralffon an dem Morgen eingekehrt war.

Unten im Hausflur begegnete ihnen die Wirtin.

„Ist die Lady oben, und wie geht es ihr?" frug der Amerikaner.

„Gewiß; und vortrefflich geht es ihr," sagte die alte Dame — „so heiter war sie den ganzen Morgen und hat mir so viele Geschichten erzählt, daß ich ein paarmal herzlich habe lachen müssen. Dann überkam sie plötzlich eine Angst, daß Euch, Sir, etwas zugestoßen sein könne, weil Ihr nicht zurückkehrtet. Ich suchte sie zu beruhigen, aber es half nichts: sie weinte bitterlich. Jetzt ist sie wieder ruhiger und scheint sich getröstet zu haben. Geht nur hinauf zu ihr; ich komme gleich nach. Nr. 7 ist meine Stube."

„Kommt, Fremder!" sagte der Amerikaner, indem er sich der Treppe zuwandte — „wir müssen beide zu ihr gehn."

Ralffon folgte ihm, und als sie die Tür öffneten, stand Jenny mitten in der Stube, und stieß einen Freudenschrei aus, als sie den Amerikaner erblickte.

„William!" rief sie mit ihrer weichen lieben Stimme, und flog ihm entgegen und an seinen Hals — „wie habe ich mich um dich gesorgt!" — und wo bist du so lange geblieben?"

„Meine arme Jenny!" sagte Bill teilnehmend — „wie geht es dir, Kind?"

„Gut, William, da du jetzt wieder bei mir bist."

„Und kennst du den Fremden nicht mehr?"

„Doch", nickte Jenny, ihn mit ihren großen Augen ansehend — „doch gewiß!" Er war gut und freundlich mit der armen Jenny, und hat sie gerettet, als der böse, häßliche Mensch, vor dem ich mich so fürchte, wiederkommen wollte. Ohne ihn hättest du mich nicht mehr gefunden, William, denn ich wäre in den Mississippi gesprungen."

„Jenny!"

„Gewiß und wahrhaftig — manchmal war es mir schon, als ob mich der wilde Strom bei Namen riefe, und ich mußte mich dann mit Gewalt zurückhalten, daß ich ihm nicht folgte. Aber warum sieht mich der Fremde so traurig an. Jetzt spring' ich nicht mehr hinein, da ich dich wieder habe, William. — Will er schon gehen?"

„Ja, Jenny," sagte Ralffon, der sich gewaltsam zusammennehmen mußte, ruhig — „ich war vorhin noch unschlüssig — jetzt bin ich es nicht mehr. Ich will fort — wieder nach Osten, und zwar mit dem nächsten Boot, das stromauf geht, und dort, wie ich sehe, gerade den Fluß herauffommt. In einer halben Stunde kann es hier sein. Könnt' ich vorher noch ein paar Worte mit Euch allein reden, Ragley?"

„Gern — ich gehe mit Euch an die Landung."

„So lebt wohl, Jenny — Gott schütze Euch und wenn Ihr wieder in Euere Heimat zurückkehrt, so denkt noch manchmal freundlich des Fremden, der — auch Euerer oft und mit treuer Freundschaft gedenken wird. Lebt wohl!"

„Lebt wohl, Fremder!" sagte Jenny, ihre Hand in die seine legend, aber keine Spur tieferer Erregung war in ihren Zügen sichtbar. Sie nahm Abschied von ihm, wie von irgend einem anderen, vollkommen gleichgültigen Menschen. Ralffon wandte sich erschüttert ab, und verließ das Zimmer; unten aber, noch ehe er die Tür erreichte, holte ihn Ragley ein, der sich vielleicht auch überzeugen wollte, daß er wirklich mit dem Dampfboot abfuhr.

„Ihr wollt also fort, Freunder?"

„Ja, Ragley — aber ehe ich gehe, beantwortet mir noch eine Frage."

„Gern, wenn ich kann. Was ist es?"

„Wollt Ihr dem Rat des Arztes folgen und mit Jenny den Mississippi wirklich verlassen?"

„Gewiß, aber — es wird noch immer einige Zeit dauern, bis ich es imstande bin. Ich muß mir erst Geld verdienen, aber binnen einem Jahre hoffe ich so viel zusammen zu haben."

„Und in der Zeit stirbt Euer Weib."

„Das verhüte Gott! — aber kann ich's ändern?"

„Wieviel braucht Ihr?"

„Wenigstens 200 Dollars, um mich irgendwo in einem der kälteren und höher gelegenen Staaten anzukaufen."

„Glaubt Ihr, daß ich es mit Jenny gut meine, daß ich sie wirklich von Herzen geliebt habe — und noch liebe?" sagte Ralffon leise.

„Ich glaube es, Fremder," erwiderte der Amerikaner herzlich.

„Wollt Ihr dann Jennys Verwalter sein?"

„Inwiefern ihr Verwalter?"

„Ich bin reich," fuhr Ralffon fort, „und die Summe, die Ihr eben nanntet, ist sehr klein."

„Fremder!" rief der Amerikaner.

„Nicht für Euch soll sie etwa sein," fuhr Ralffon aber

lange Arbeitszeit und lächerlich geringe Löhne zur Verzweiflung getrieben waren und ihrer schrecklichen Sklaverei durch einen Streik zu entgehen suchten. Und wenn man sich nun wundert, daß der Staat ohne weiteres sein Militär auf die Streikenden losließ, so diene zur Aufklärung, daß der Staat als größter Mitausbeuter der schändlich behandelten Arbeiter dabei interessiert war. Die hauptsächlichsten Staatseinnahmen Chiles bestehen in dem hohen Ausfuhrzoll auf Chilisalpeter. Dieser Salpeter ist auf dem Weltmarkt ein sehr begehrter Artikel und ein Monopol Chiles, nur in Peru werden noch unbedeutende Mengen gewonnen. In einer Wüste Chiles, in der ein mörderisches Klima herrscht, findet sich dieses wichtige Material für die Zwecke der Industrie und namentlich der Landwirtschaft, und es wird auch gleich an Ort und Stelle einem Reinigungsprozeß unterworfen, um die Transportkosten zu sparen. Mit brutaler Gewalt wurde sofort der Widerstand der Arbeiter gebrochen und sie mußten in die Sklaverei zurückkehren. Das „Staatswohl" gestattete nicht, daß man ihnen nachgab oder ihre Klagen hörte; sie wurden direkt vor die Maschinengewehre gestellt, damit die Einnahmen des Staates nicht geringer wurden.

Demonstration an einer einsamen Pappel. Zu einer eindrucksvollen Demonstration kam es Sonntag in Berlin nach Schluß der Versammlung in der Schönhauser Vorstadt. Eine unabsehbare Menschenmenge zog unter der Absingung von Arbeiterliedern und unter Hochs auf das allgemeine Wahlrecht die Schönhauser Allee hinab. Ein paar Tausend schwenkten unter den Rufen „Zum Exerzierplatz!" in die Oderbergerstraße ein. Von der Schwedterstraße aus strömte die Menge durch einen breiten Eingang auf den weiten Platz und stapfte dann durch den tiefen Schnee bis nach der „einsamen Pappel". Dort wurde Halt gemacht. Genosse Ledebour wurde unter der Pappel auf die Schultern eines stämmigen Genossen gehoben und hielt von dort aus die folgende Ansprache:

Genossinnen und Genossen! An dieser historischen Stelle hat am Sonntag, 22. März 1848, nach dem Siege des Volkes die erste öffentliche Volksversammlung stattgefunden, in der in mehrstündiger Besprechung die Arbeiter Berlins ihre Forderungen formuliert haben. An dieser historischen Stelle wollen wir im Andenken an jene große Zeit das Gelöbnis ablegen, daß wir mit aller Kraft für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen auch in Preußen wirken wollen. Geloben Sie das mit mir, indem Sie einstimmen in den Ruf:

Die internationale, die völkerbefreiende, auch Preußen befreiende Sozialdemokratie lebe hoch!

Begeisterungsvoll brauste der Ruf der Tausende von Männern und Frauen dreimal über den weiten, schneeverwehten Platz. Dann zog die Menge singend und hochrufend, wie sie gekommen war, zurück nach der Schönhauser Allee.

Verhaftungen von Wahlrechts-Demonstranten in Tilsit. In Tilsit wurden am Sonntag die Genossen Gutsbesitzer Adolf Hofer, Maler August Ludwigkeit und Zimmerer Martin Kurschat von der Straße weg verhaftet. Die Königsberger „Volkszeitung" berichtet über diese preußische Polizeiheldentat: Nach einem begeisternden Referate des Genossen Hofer zogen am Sonntag in Tilsit die Demonstranten, etwa fünfhundert Köpfe stark, vom Versammlungslokale aus auf die Straße; hier schwoll nach und nach der Zug durch weitere Massen noch ganz ansehnlich an. In der Hohen Straße wurde das erste Hoch ausgebracht und gleich darauf Genosse Ludwigkeit verhaftet. Weiter bewegte sich der Zug und bald darauf erscholl das zweite Hoch und nun erfolgte die Verhaftung der Genossen Hofer und Kurschat, desgleichen noch die eines vierten Genossen. Um 7 Uhr waren die Genossen aus der Haft noch nicht entlassen. Der Zug setzte auch jetzt seinen Weg unbeirrt weiter fort und gelangte durch die Königsberger und Reitbahnstraße in die Bahnhofstraße. Hier gelang es der Polizei, den Zug aufzuhalten und zu zerstreuen.

Der sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land), einer der größten sozialdemokratischen Vereine Deutschlands, zählte am Jahresschlusse 22 251 Mitglieder, gegen 20 468 am 1. Juli v. J. Die Vereinshauptkasse vereinnahmte im zweiten Halbjahr 1907 an Mitgliedsbeiträgen 25 687 Mk. Einschließlich eines Kassenbestandes von 6831 Mk. und sonstiger Einnahmen war eine Gesamteinnahme von 33 677 Mk. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 28 745 Mk. gegenübersteht. An das Agitationskomitee wurden 7250 Mk., an den Parteivorstand 12 000 Mk. abgeliefert. 228 öffentliche Versammlungen wurden im zweiten Halbjahr 1907 abgehalten. Für Neuanschaffungen in den Bibliotheken der Ortsvereine wurden 3589 Mk. ausgegeben, für die „Gleichheit", die den weiblichen Mitgliedern gratis geliefert wird, 2834 Mk. Seit dem 1. Juli v. J. ist für den Kreis ein Parteisekretär angestellt. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Die gesühnte Bülow-Beleidigung. Genosse Zorn, Redakteur des Saalfelder „Volksblattes", verließ am Sonntag das Gefängnis, in dem er zwei Monate wegen Beleidigung des deutschen Reichskanzlers zubringen mußte. Derselbe Herr Bülow, der in seinem famosen Silvesterbriefe an den General des Reichslügenverbandes die Sozialdemokratie eben noch geschmäht hatte, fühlte sich „beleidigt" durch die Gegenkritik des Saalfelder „Volksblattes", die für die greuelvolle Kolonialpolitik auch den Reichskanzler verantwortlich machte. Sofort stellte der tolerante Mann Strafantrag und ließ seinen Kritiker ins Gefängnis werfen. Man muß diesen Vorgang nachdrücklich feststellen, damit der Weiterhausierung der wahrheitswidrigen Legende vorgebeugt wird, Bülow sei „liberal", er lasse seine politischen Gegner, die er selbst angreift, wegen ihrer politischen Gegenangriffe nicht verfolgen. (Auch gegen unser Mühlhauser Parteiorgan stellte Herr Bülow Strafantrag; das Verfahren mußte jedoch eingestellt werden, weil die Polizei — keine Nummer des „Volksblattes für Mühlhausen" (Th.) zur Unterlage der Anklage mehr auftreiben konnte.) — Unsere Saalfelder Genossen bereiteten Zorn einen herzlichen Empfang. Schlag 8 Uhr trat unser Genosse aus der Tür, von zirka 50 Erschienenen begrüßt. Dann ging es ins Vereinslokal, wo die „Freien Sänger" ein Lied ertönen ließen und die Genossen einige Stunden gemütlichen Beisammenseins verbrachten. Die verbüßte Strafe hat unseren Genossen gesundheitlich nicht zu schädigen vermocht. Er tritt nächste Woche wieder in Reih und Glied.

Genosse Eduard Bernstein und seine Taktik zu der preußischen Wahlreform. In der gegenwärtigen Wahlbewegung, wo alle Welt die Verrätertaktik des Freisinns gebührend brandmarkt, ist dem Freisinn in der Person unseres Genossen Eduard Bernstein ein rettender Engel erschienen. Bernstein hat nämlich in den „Sozialistischen Monatsheften" einen Artikel über den verflossenen Preußentag veröffentlicht, in dem er von allem möglichen und auch von der Wahltaktik unserer Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen redet. Er empfiehlt natürlich ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Freisinnigen und führt u. a. aus:

„Wir werden voraussichtlich bei der kommenden Landtagswahl in einer Anzahl von Wahlkreisen mehr Wahlmänner haben als die Freisinnigen, aber nicht genug, um aus eigener Wahl das oder die Mandate zu erringen, während die Konservativen usw. gleichfalls mehr Wahlmänner haben werden als die Freisinnigen. Wie nun, wenn dort auf freisinniger Seite Männer des radikaleren Flügels in Frage kommen, die nach ihrem ganzen Verhalten ein energisches Eintreten für das allgemeine Wahlrecht und hartnäckigeren Widerstand gegen die etwaigen Plural- und Korporationswahlrechtsanträge der Nationalliberalen und Konservativen verbürgen? Stimmen unsere Wahlmänner im ersten Wahlgang für einen Sozialdemokraten, so fällt der Freisinnige aus, und in der Stichwahl zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten wird der erstere gewählt. Das ist 1903 geschehen, und zwar, wie das Beispiel Gothem gezeigt hat, selbst dort geschehen, wo es sich um einen Freisinnigen handelte, der bereit gewesen war, auf sein Mandat zugunsten eines sozialdemokratischen Kandidaten zu verzichten, aber bei seinen Leuten keine Mehrheit dafür hatte erzielen können. Wenn sich das nicht wiederholen soll, dann muß zu rechter Zeit eine entsprechende Wahlparole ausgearbeitet werden."

Das „Berl. Tagebl." stimmt diesen Ausführungen mit Vergnügen zu, zweifelt aber ebenso wie Bernstein, daß dieser Vorschlag den Beifall der „Unentwegten" finden wird. Darin dürften das „Berl. Tagebl." und Bernstein recht behalten, denn es ist in der Tat etwas starker Tabak, bei der bekannten Verräterei der Freisinnigen der Arbeiterschaft zuzumuten, auf den Leim zu gehen. Bernstein redet von „Männern des radikalen Flügels." Wo befinden sich denn außer Barth und Gothein solche bei den Freisinnigen? Man sucht sie vergebens. Aber die Freisinnigen, von denen Bernstein selber annimmt, daß sie bei der Stichwahl einem Konservativen und nicht einem Sozialdemokraten zum Siege verhelfen, schon im ersten Wahlgange zu wählen, damit diese sich im Landtage gehörig für die Wahlrechtsreform ins Zeug legen, ist geradezu eine politische Kinderei. Wollte die preußische Sozialdemokratie darauf eingehen, so verdiente sie in der Tat Prügel. Die Freisinnigen zu erküren für die Rechte des Volks einzutreten ist ungefähr dasselbe als den Bock zum Gärtner zu machen. Das sollte Bernstein doch nachgerade eingesehen haben, daß es doch nur einzelne Freisinnige gibt, die es ehrlich mit der Wahlrechtsreform meinen und diese haben bei der offiziellen Müller-Wiemer-Kopsch-Kompagnie keine Nummer. Man braucht gar kein „Unentwegter" zu sein, um Bernsteins Vorschläge absurd zu finden. Der gesunde Menschenverstand und die Erfahrung aus dem bisherigen Verhalten der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage zeigen jedem überzeugten Sozialdemokraten selber den Weg. Wer die Hausknechte des Hottentottenblocks, die Liebediener des Agrariertums, zu Wählern der Volksrechte des preußischen Proletariats bestimmt, verdient nachher zu allem Schaden auch noch lächerlich gemacht zu werden. Aber der gesunde Sinn, der bei diesem Kampfe im preußischen Proletariat steckt, wird schon den Erfolg zeitigen, daß der Kelch der Lächerlichkeit an unserer Partei vorübergeht.

Wachstum der finnländischen Sozialdemokratie im Jahre 1905/06. Die soeben erschienene Bericht der finnländischen sozialdemokratischen Partei enthält folgende Angaben über das Wachstum der Partei in den Jahren 1905 und 1906. Die Zahl der Parteiorganisationen stieg von 99 im Jahre 1904 auf 177 im Jahre 1905 und erreichte Ende 1906 die Höhe von 937. Die Zahl der Parteimitglieder stieg während derselben Zeit von 16 610 auf 85 027 (darunter 18 936 Frauen). Zur Partei gehörten Ende 1906 66 Bauernorganisationen und 457 Gewerkschaftsfilialen. Die Einnahmen belaufen sich im Jahre 1906 auf 1 080 875 Mk., denen 928 760 Mk. Ausgaben gegenüberstanden, so daß das Rechnungsjahr mit einem Überschuß von 152 115 Mk. abgeschlossen werden konnte. Die Partei besitzt im ganzen Lande 129 Häuser, während ihr Mobiliarvermögen einen Wert von 1 052 986 Mk. besitzt.

Das Erwachen Asiens. In Tokio, der Hauptstadt Japans, fand kürzlich eine sehr interessante sozialistische Versammlung statt. Bemerkenswert war sie weniger wegen ihres Umfanges (es nahmen nur zirka 150 Personen daran teil), sondern vielmehr wegen ihrer Zusammensetzung. Es befanden sich unter den Anwesenden nämlich 10 Chinesen, 2 Indier, außerdem 15 Frauen, worunter eine Chinesin. Ansprachen wurden gehalten von Kotoku sowie von dem chinesischen Genossen Chang Chi und dem indischen Sozialisten Duren Bose. Der letztere hat erst in Tokio den Sozialismus kennen gelernt, er geht jetzt nach Amerika und wird, wie er ausführte, bei seiner Rückkehr nach Indien die sozialistischen Lehren auch dort verbreiten. Japan, China und Indien, die drei großen Reiche des asiatischen Kontinents, haben beziehungsweise werden mit der abendländischen Kultur auch den Sozialismus, das neue Evangelium der unterdrückten Klassen, empfangen. — In Japan selbst hat der Sozialismus heute schon große Ausdehnung und er gewinnt immer mehr Anhänger. Allerdings ist er noch nicht zu einer Massenbewegung geworden, seine Anhänger sind vielmehr zum größten Teil Studenten, Journalisten, Lehrer und andere geistige Arbeiter. Auf den Schulen Japans werden alljährlich Tausende von Leuten ausgebildet, die dann keinerlei Erwerb finden und somit proletarisiert werden. Diese Leute geben die Führer und die Lehrer ab für die arbeitende Bevölkerung, die ebenfalls mehr und mehr dem Sozialismus gewonnen wird.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 15. Januar 1908.

80. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg, Havenstein, Dr. Nieberding, Twele.

Die Besprechung der Interpellation Kanitz über den hohen Bankdiskont wird fortgesetzt.

Mayer-Kaufbeuren (Z.) betont, daß der hohe Bankdiskont nicht mit der Währung, sondern mit der industriellen Entwickelung zusammenhänge, empfiehlt den Kommunen sparsame Inanspruchnahme des Geldmarktes, und erklärt sich mit der vermehrten Ausprägung von Silbermünzen einverstanden.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Twele: Die Einziehung der Taler ließ sich nicht vermeiden. Der Kurs der Reichsanleihen ist in der Tat ungünstig. Das liegt 1. an dem schon seit einer Reihe von Jahren hervortretenden Mangel an laufenden Mitteln im Reiche, 2. an der Konkurrenz der einzelnen Staatsanleihen, 3. an dem nicht ausreichenden Aufnahmekreis für die Anleihen, 4. an den etatrechtlichen Verhältnissen. Aber der Kredit des Deutschen Reiches ist durchaus gesund. Auf Schatzanweisungen können wir nach Lage der Dinge nicht verzichten. Wir werden sogar zu ihrer Vermehrung gezwungen sein, wenn die Finanzreform nicht gelingt. Gegen eine vermehrte Silberprägung ist nichts einzuwenden, so weit sie vom Bedürfnis verlangt wird und den Charakter der Goldwährung nicht gefährdet. Hoffentlich gelangen wir zu einer befriedigenden Gestaltung unserer Finanzen.

Dr. Südekum (SD.): Die an sich recht interessanten und lehrreichen Ausführungen des Unterstaatssekretärs, aus denen der Wunsch nach neuen Steuern hervorleuchtete, hatten mit dem eigentlichen Gegenstand der Interpellation Kanitz nichts zu tun. Während den ganzen Debatten wurde der Ruf nach Sparsamkeit erhoben. Leider beherzigt die Blocklinke diesen Ruf sehr wenig und der militaristische Bewilligungseifer der Freisinnigen ist geradezu zur Manie entartet. Die außerordentlichen Nachteile des hohen Bankdiskonts für das gesamte Wirtschaftsleben zu leugnen, sind wir die letzten. Sind es doch gerade die Arbeiter, die als wehrlosteste Opfer unter der Stockung des Wirtschaftslebens zu leiden haben. Ich erinnere nur an die für weite Arbeiterkreise so außerordentlich verderbliche Baukrisis. Maßgebend für die Höhe des Diskonts ist das verfügbare Kapital. Dieses sinkt aber umsomehr, je teurer die Lebensmittel werden. Gegen diese Tatsache können alle Antiluxus-Predigten des Herrn von Rheinbaben nicht verfangen. Als der englische Minister John Burns in Berlin war, hat man ihm ja auch den Eindruck beizubringen gesucht, daß in Deutschland zu viel gegessen und getrunken werde. Burns brauchte sogar schärfere, parlamentarisch nicht wiederzugebende Ausdrücke. (Hrkt.) Aber Burns ist doch noch zu sehr Sozialist, als daß er die tiefer liegende Ursache, nämlich die militärischen Rüstungen, verkannt hätte. Aber unsere maßgebenden Kreise, auch wenn sie nicht gerade auf Keims Standpunkt stehen (Heiterkeit), denken viel mehr an eine Vermehrung, als an eine Verminderung der Rüstungen. Dazu tritt die Auspowerung des Volkes durch die Lebensmittelzölle zugunsten kleinerer Interessengruppen. Die Hochschutzzollpolitik begünstigt, wie Herr Kämpf richtig ausgeführt hat, die Bildung der Kartelle und Ringe, und die Kartelle und Ringe wirken bekanntlich im höchsten Grade preistreibend. Ich erinnere an die Kohlen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Trotzdem reden die Anhänger der Schutzzollpolitik fortwährend

---

rasch fort — „nicht für Euch; doch Jenny hat mein ganzes Herz erfüllt — es war meine erste Liebe und der Gedanke, sie jetzt noch länger in diesem traurigen Zustand zu wissen, wo ich imstande bin, ihr zu helfen, wäre mir furchtbar."

„Aber ich kann kein Geld von Euch nehmen."

„Auch nicht die Gesundheit Eurer Frau, wenn Ihr mir damit zugleich meines Lebens Ruhe wieder gebt? Geht mit ihr fort von hier — weit fort," fuhr er bewegt fort, „und wenn der trübe Schatten von ihr gewichen, wenn ihr Geist in seine alten ruhigen Bahnen zurückgekehrt ist, dann schreibt mir — das hier ist meine Adresse in England — dann laßt es mich wissen und seid versichert, daß der Tag zu den glücklichsten meines Lebens zählen wird — wie dieser Tag zu den traurigsten."

„Arme Jenny!" seufzte Ragley.

„Also ihretwegen nur es," fuhr Ralfson bewegt fort, indem er den Gürtel wieder von seiner Hüfte schnallte. — „Hier drin ist so viel, als Ihr braucht — vielleicht mehr. Um meine Reise zu bestreiten, trage ich noch vollgenügend in meiner Brieftasche — Ihr wißt ja, daß es Jenny zugedacht war. — Wollt Ihr mir die Beruhigung lassen, Ragley, das einzige für Jenny zu tun, was ich nun darf: dazu beitragen, daß sie ihre Gesundheit wieder erlangt?"

Sie waren, während sie miteinander sprachen, zur Landung niedergeschritten und das stromauf kommende Boot läutete schon mit der Glocke, und ließ zischend den überflüssigen Dampf aus. Es mußte in wenigen Minuten an das Warfboot anlegen.

„Und wenn sie doch stirbt?" sagte Ragley —

„Dann war es eben Gottes Wille und wir beide wenigstens haben uns keinerlei Vorwürfe zu machen. — Hier, Bill, nehmt — es ist mein Vermächtnis für Euer Weib."

Der Amerikaner stand noch zögernd und wußte nicht, wie er sich entschließen sollte. — Unten legte jetzt das Boot an und die Glocke läutete schon wieder, zum Zeichen rascher Abfahrt — es waren wohl nur wenige Passagiere ans Land zu setzen, was nur einige Minuten in Anspruch nahm.

„So grüßt Jenny noch einmal von mir!" rief der junge Engländer, drückte dem Amerikaner den schweren Gürtel in die Hand — nahm seine Decke, die ein Neger ihm nachgetragen und die alles enthielt, was er auf seinen Märschen mit sich führte, und sprang die wenigen Schritte zum Boot hinunter. — Er hatte auch in der Tat kaum Zeit, an Bord zu springen, denn schon schoben sie es wieder in den Strom hinaus. Ragley war ihm gefolgt; er stand auf dem Warfboot. Ralfson winkte ihm noch mit der Hand von Bord aus zu.

„Good bye, Ragley!"

„Good bye, Stranger! God bless you!"

Und gegen die Strömung an keuchte der Dampfer wacker auf — nach Norden.

* * *

Zwei Jahre waren vergangen, da erhielt Ralfson einen Brief mit dem Poststempel Michigan. Der Brief war nicht lang, füllte aber sein Herz mit Glück und Freude.

Ragley hatte ihm geschrieben, und Jenny selber ein paar Zeilen darunter gesetzt. Er lautete:

„Mr. Ralfson! Als Sie uns damals verließen, habe ich lange mit mir gekämpft, ob ich das Geld behalten, oder Ihnen nach England schicken solle; aber Jenny wurde wieder kränker und ich dachte an das, was Sie mir zuletzt gesagt. Ich zog mit ihr in den Norden, an den Michigansee, in ein wunderbar schönes Land und in die Nähe einer deutschen Kolonie, wo es gute Ärzte gab. Jenny erholte sich zusehends. Die alten trüben Bilder verließen sie, ihr Geist wurde klarer und in dem neuen Leben, in der herrlichen Luft nahmen ihre Kräfte von Tag zu Tag zu. Jetzt ist sie, dem lieben Gott und Ihnen Dank! vollständig geheilt und glücklich — ein kleiner prächtiger Bursch — ihr erstes Kind — nimmt ihr ganzes Herz in Anspruch. Sie weiß nun auch, was früher vorgefallen ist — nur dunkle Erinnerungen waren ihr geblieben, die sie quälten, bis ich die Lücken ausfüllte. Wir denken Ihrer oft und mit wahrer Freundschaft. Hoffentlich zürnen Sie auch mir nicht mehr des tollen Streiches wegen. Sie sind ein Ehrenmann. William Ragley.

Jenny hatte darunter geschrieben:

„Noch oft denk' ich Ihrer, o, mit so heißem Dank! Sie haben uns nur Gutes erzeigt — daß wir es einst vergelten könnten! Ich bin nicht mehr krank, und das dank' ich Ihnen und meinem braven Mann. O wenn Sie uns nur einmal besuchen könnten! Gott segne Sie. Denken Sie zuweilen an die glückliche Jenny."

Ralfson wäre der Einladung gern gefolgt, aber die Erinnerung an die damals durchlebten Stunden hatte doch einen Mißton in seinem Herzen zurückgelassen. Er freute sich des Glückes der Geliebten; als er aber im nächsten Jahr wieder eine Jagdtour machte, entschloß er sich, lieber nach Afrika zu gehen.

rend vom Segen der Politik auch für die Minderbemittelten. Ich möchte sehen, worin dieser Segen besteht. (Zuruf des Abg. Gamp: In der kolossalen Lohnsteigerung! Lachen b. d. Soz.) Alle Sophistik räumt die Tatsachen nicht aus der Welt, daß die Lebensmittelzölle eine Auspowerung der breiten Volksmassen bedeuten. (Sehr wahr! b. d. S.) — Gestern wurde uns eine Enquete über das Bankwesen in Aussicht gestellt. Heute schien sich Herr Twele dagegen zu erklären. Es scheinen also über diese Frage Unstimmigkeiten zu herrschen. — Gefreut hat es uns, daß die Herren von der Regierung ausdrücklich das Festhalten an der Goldwährung proklamiert haben. Ich freue mich umsomehr darüber, als ich hinter der ganzen Interpellation einen bimetallistischen Vorstoß vermute. (Sehr richtig! links.) Gegen eine mäßige Erhöhung der silbernen Scheidemünzen läßt sich nichts einwenden. Übrigens beweisen die bisherigen Erfahrungen in Nordamerika, daß das Silber nicht mit silberner, sondern mit eiserner Konsequenz in die Staatskassen zurückkehrt. Man hat hier viel von der Ausdehnung des Scheckverkehrs gesprochen. Wie wäre es, wenn an den nicht unwillkommenen Zahltagen die Reichstagsdiäten in Schecks verabfolgt würden. (Große Heiterkeit.) Die Sparsamkeitsermahnungen der verschiedenen Redner dieses Hauses richteten sich vielfach an die Adresse der Kommunen. Nun sind aber gerade die Ausgaben der Kommunen vielfach produktive Kulturausgaben, während die Reichsanleihen durchweg für die unproduktiven Militärausgaben verwandt werden. Volkswirtschaftlich gesprochen wird das Geld für Reichsanleihen direkt ins Meer geworfen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gern widme ich dem früheren Reichsbankpräsidenten Koch Worte der Anerkennung. Er hat sich um die Ausgestaltung unserer Währung große Verdienste erworben. Der neue Reichsbankpräsident war eine Zeitlang bei den Agrariern gut angeschrieben. Das hindert uns nicht, ihn unbefangen zu würdigen. Er hat erklärt, in die Fußstapfen seines Vorgängers treten zu wollen. Wenn er das tut und im Sinne seiner gestrigen Ausführungen handelt, kann er unserer parlamentarischen Unterstützung sicher sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Twele erklärt, daß er sich nicht gegen eine Bankenquete erklärt habe.

Raab (WVg) schilt auf die Goldwährung und auf den Freihandel. Was hilft uns die Goldwährung, wenn wir kein Gold haben! Was nützet mir ein schönes Mädchen, wenn andre mit spazieren gehn! (Htkt.)

Gothein (FVg.) wirft dem Abg. Raab kindliche Naivität vor und schlägt vor, ihn in die Bankenquetekommission zu senden, damit er etwas von Bank- und Währungsfragen lerne. (Htkt. und Zust. links). — Unsere steigende Bevölkerungsziffer macht in steigendem Maße die Einfuhr von Lebensmitteln nötig. — Der hohe Bankdiskont wird verursacht durch unsere verkehrte Wirtschaftspolitik. Die Herren von der Rechten, die über den hohen Bankdiskont klagen, sollten sich lieber an die eigene Brust schlagen und ausrufen: Unsere Schuld! Unsere größte Schuld! (Lebh. Zust. links, Lachen u. Widerspr. rechts.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Es folgt die polnische Interpellation über die Verstöße der preußischen Enteignungsvorlage gegen den Geist der Reichsverfassung und die Bestimmungen des Bürgerl. Gesetzbuches.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten Kämpf erklärt Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Nieberding namens des Reichskanzlers, daß im Bürgerlichen Gesetzbuch und in der Reichsverfassung keine Bestimmungen enthalten seien, die durch die Enteignungsvorlage berührt werden. Der Reichskanzler lehne daher die Beantwortung ab. (Bravo! rechts. Lachen bei den Polen.)

Ein Antrag Korfanty (Pole) auf Besprechung der Interpellation wird mit den Stimmen der Polen, des Zentrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Staatssekretär Nieberding verläßt den Saal.

Seyda (Pole): Über Tausende meiner Landsleute schwebt das Schwert der Enteignung, nur, weil sie der Ansiedlungskommission im Wege sind. Die preußische Polenpolitik ist in der ganzen Welt zur traurigen Berühmtheit gelangt; sie hat dazu geführt, daß polnische Mitbürger in Erdhöhlen und in Zigeunerwagen Wohnung nehmen müssen. (Lachen rechts, Sehr wahr! bei den Polen.) Der Gesetzentwurf widerspricht der Reichsverfassung. Trotzdem haben wir erst jetzt interpelliert, weil wir es für unmöglich hielten, daß die preußischen Konservativen eine solche Vorlage akzeptieren würden. Im Abgeordnetenhause berief sich Fürst Bülow für sein Vorgehen auf die Mehrheit des deutschen Volkes? Warum beantwortet er denn nicht diese Interpellation im Reichstage? Ich muß das als eine Mißachtung des Reichstages bezeichnen (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und Polen, Unruhe rechts), daß der Reichskanzler die Beantwortung abgelehnt hat. Die Enteignungsvorlage steht in flagrantem Widerspruch zum Freizügigkeitsgesetz, wie sie im Widerspruch steht mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein der zivilisierten Welt. Die Vorlage läßt sich nicht vereinigen mit den Grundlagen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. — Wir bitten den Reichstag, kund zu tun, daß die preußische Polenpolitik nicht den Ansichten der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Wir werden dazu auch beim Etat in einer von uns beantragten Resolution Gelegenheit geben. (Lebh. Bravo! bei den Polen.)

Graf Hompesch (Z.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab. Die Vorlage verstößt gegen die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz und gegen die Unverletzlichkeit des Eigentums. Außerdem bedeutet sie einen Schritt zum sozialistischen Staat. (Lachen b. d. Soz.) Wir protestieren gegen die Vorlage, die den deutschen Namen zu schädigen geeignet ist. (Lebh. Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

v. Gersdorff (K.) und Frhr. v. Gamp (Rp.) geben unter brausendem Gelächter der Linken und des Zentrums die Erklärung ab, daß ihre Fraktionen die Stellung der verbündeten Regierungen vollauf billigen und die Einmischung des Reichstags in preußische Angelegenheiten entschieden ablehnen.

Sieg (NL): Nach längerer Erwägung haben wir beschlossen, uns nicht auf eine kurze Erklärung zu beschränken. (Murren rechts.) Den Loyalitätserklärungen der Polen können wir leider keinen Glauben schenken. Denken Sie doch daran, was Herr v. Koscielski in Lemberg über die Wiederherstellung des polnischen Reiches gesagt hat. (Zuruf! Er war in Weinlaune!) Inzwischen ist er doch schon wieder nüchtern geworden. (Htkt.) Die Vorlage ist ja gar kein Ausnahmegesetz, denn sie bezieht sich auch auf Deutsche. (Stürm. Htkt. im Zentr. und b. d. Soz.) Mancher Pole freut sich, sein Gut verkaufen und nach Friedenau bei Berlin ziehen zu können. Ein liberaler Nationalökonom hat gesagt, daß die Enteignung die Grundlage aller Kultur ist. (Schallende Htkt. und Widerspruch.) Wenn die Polen nur wollen, dann könnten wir mit ihnen in Eintracht und Liebe zusammenleben. (Schallende Htkt. b. d. Polen, lebh. Bravo! b. d. Natl. und rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Vorher: Kleinere Vorlagen, nachher Interpellationen über das Knappschaftswesen.

Schluß 6 Uhr.

Der Peters-Prozeß gegen v. Bennigsen.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung machte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag, der jedoch von dem Beklagten Bennigsen abgelehnt wurde.

Hierauf wurde das Protokoll über die Vernehmung des früheren Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn von Soden, das Montag vormittag in dessen Wohnung in Stuttgart aufgenommen worden war, verlesen. Darin bekundet von Soden, er habe in Tanga Dr. Peters auf seiner Expedition Vollmachten zur Strafrechtspflege über die Eingeborenen gegeben. Erst durch das Schreiben des Bischofs Smithies, der die Rückberufung Peters verlangt habe, sei er von Peters Verhalten unterrichtet worden. Er hatte an den Bischof geschrieben, daß er Peters erst hören wolle und eventuell eine Untersuchung eingeleitet werden würde. Er habe Peters brieflich gefragt, weswegen er ihm nicht über die Angelegenheit geschrieben habe. Peters habe geantwortet, er habe ihm nicht geschrieben, weil ihm damit keine Freude gemacht werde. Er — Soden — habe dann nach Berlin berichtet und die Einleitung einer Untersuchung gefordert. Ihm habe es erschienen, nach all dem, was er damals gehört habe, daß die Hinrichtungen ein Akt der Roheit gewesen seien. Im übrigen hält er seine frühere Aussage aufrecht, daß die Hinrichtungen vollständig unnötig gewesen seien.

Aus den darauf verlesenen Protokollen über die frühere Aussage von Soden geht hervor, daß die förmliche Untersuchung gegen Peters damals von dem Kolonialdirektor Kayser abgelehnt worden ist. Peters mußte deshalb annehmen, daß die Untersuchung günstig für ihn verlaufen sei. In seiner Aussage erkennt Freiherr von Soden an, daß Peters infolge seines Auftrages, am Kilimandscharo eine Verwaltung einzurichten, mit den Eingeborenen in Konflikt kommen mußte. Er mußte mit großer Strenge vorgehen, um seine Autorität zu wahren, durfte deshalb aber niemals ungerecht sein. Peters bemerkt hierzu, daß seine und des Gouverneurs Kompetenzen nicht ganz klar lagen. Der Gouverneur habe ihm aufgetragen, über politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu berichten, nicht aber über juridische überhaupt.

v. Bennigsen betont, von Soden hat das Verhältnis so auffassen müssen, daß Peters dem Gouverneur auch über Todesurteile hat berichten müssen. Wenn also die Todesurteile aus politischen Motiven gefällt worden seien, so hätte Peters über sie berichten müssen.

Der Vorsitzende machte dann wiederum einen Vergleichsvorschlag, der indessen wiederum von dem Angeklagten v. Bennigsen abgelehnt wurde. Hierauf beginnen die Plaidoyers.

Justizrat Dr. Sello führt in seinem Plaidoyer aus: Das Beleidigende in dem Artikel der „Köln. Ztg." liegt darin, daß behauptet wurde, es erzähle ein dem angeblichen Tuckerbrief ähnlicher Brief. Den übrigen Teil des Artikels hätten Peters und er als berechtigte, nicht strafbare Kritik aufgefaßt. Sodann verliest er den angeblichen Tuckerbrief, den Bebel am 13. März 1906 verlas und stellt fest, daß nach der Beweisaufnahme weder Bischof Smithies Peters einen Mörder genannt hat, noch den Hinrichtungen geschlechtliche Motive zu grunde legte. Der Tuckerbrief habe sich — er nehme selbstverständlich an, daß Bebel im guten Glauben handelte und getäuscht worden sei — als eine der niederträchtigsten Fälschungen der Weltgeschichte entpuppt. Es sei zu bedauern, daß in den Berichten der „Kölnischen Zeitung" nicht offen die Fälschung des Tuckerbriefes anerkannt wurde, sondern nur von der Anzweiflung des Briefes die Rede sei. Zwischen dem Inhalt des Wood-Wood-Briefes und dem Smithies-Brief sei nichts vorhanden, vielmehr sei der Inhalt des einen das Gegenteil von dem des anderen. Sello weist darauf hin, daß in dem Disziplinarurteil gegen Peters der Fall Jagodja ganz anders beurteilt werde als in der „Kölnischen Zeitung". Peters sei ja von der Disziplinarkammer von diesem Punkte freigesprochen und sei im Urteil des Disziplinarhofes wegen dieses Falles nur verurteilt worden, weil die Gründe für die Verurteilung der Jagodja objektiv das Urteil nicht rechtfertigten, aber auch dort sei Peters guter Glauben nicht bezweifelt worden und auch nicht andeutungsweise Peters der Vorwurf gemacht worden, daß er aus sexuellen Gründen die Jagodja habe hinrichten lassen. Es sei ein leichtes, einen grundsätzlichen Irrtum des Disziplinarhofes nach der Zeugenvernehmung nachzuweisen, den nämlich, daß eine Konspiration der Jagodja zum Nachteil der Weißen nicht erwiesen sei, im Gegenteil sei jetzt eine solche Konspiration erwiesen. Der Hauptpunkt sei, ob die Hinrichtung aus geschlechtlichen Motiven erfolgt sei. Das sei nicht der Fall. Der Zeuge Wilhelm, der allein von geschlechtlichen Motiven gehört haben will, sei zur Zeit der Hinrichtung gar nicht auf der Station gewesen, dagegen habe der Zeuge Wieseder zu jener Zeit auf der Station nur bekundet, daß ihm solche Gerüchte nicht zu Ohren gekommen seien. Dr. Sello ging dann auf das Zeugnis des Herrn v. Pechmann ein, der beschworen habe, daß bei der Hinrichtung der Jagodja von sexuellen Motiven nie und nimmer die Rede gewesen sei, daß vielmehr Peters gegen die Hinrichtungen stimmte und daß er, v. Pechmann und Fahnke es gewesen seien, die unter Hinweis auf die gefährdete Situation den Stationsleiter überstimmt hätten. v. Pechmann will dafür die Verantwortung übernehmen. Das gleiche habe auch Fahnke bekundet.

Dr. Sello beantragt schließlich, den Angeklagten v. Bennigsen, der sich mit männlichem Mute als Verfasser des Artikels bezeichnet habe, gemäß dem § 186 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Mildernd komme in Betracht, daß v. Bennigsen nach seiner Angabe bei der Abfassung des Artikels von dem Inhalt des Smithiesbriefes keine Kenntnis gehabt habe. Auch der Angeklagte Redakteur Brüggemann sei zu bestrafen, weil hier nicht der § 21 des Preßgesetzes anzuwenden sei, nach dem der verantwortliche Redakteur straffrei bleibe, wenn er den Verfasser nenne, sondern der § 20. Hierauf wurde die Verhandlung bis 3½ Uhr nachmittags vertagt.

Die Nachmittagssitzung begann mit dem Plaidoyer des Verteidigers Rechtsanwalt Falk, der den Vorzügen des Dr. Peters Anerkennung zollte, aber auch seine Schattenseiten hervorhob. Der Verteidiger suchte dann darzutun, daß bei der Hinrichtung Mabruks geschlechtliche Motive mitbestimmend gewesen seien. Des weiteren führte er die unwahren Berichte des Dr. Peters an den Gouverneur an, worin er die Tatsachen auf den Kopf stellte. Daß er die Hinrichtungen zuerst verschwieg, sei ein Beweis seines Schuldbewußtseins. Redner geht auf die Umstände der Hinrichtung Mabruks näher ein und betont, daß das Prügeln der Diener zur Erpressung eines Geständnisses des Diebstahls gegen den § 4 des Strafgesetzbuches verstoße, der die Erpressung eines Geständnisses mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bedrohe. Es sei auch keine große Gefahr vorhanden gewesen, um die Hinrichtung zu rechtfertigen. Dafür genüge schon als Beweis der Brief den Peters im August 1891 an seinen Freund und Gönner Rudolf v. Bennigsen geschrieben habe. Redner ging eingehend auf die Mißhandlungen der Jagodja ein und auf die Berichte von v. Soden an den Reichskanzler, worin v. Soden von gemeiner Roheit sprach. Er beantragte schließlich Freisprechung für von Bennigsen, und falls der Gerichtshof nicht zu einem freisprechenden Urteil gelangen könne, dann werde § 193 zuzulassen sein. Es folgt eine Entgegnung des Justizrats Sello und eine Erwiderung des Rechtsanwalts Falk, worauf Peters eine kurze Ansprache hält, in der er seine Überzeugung ausspricht, daß das Gericht ihm jetzt endlich das wiedergeben werde, warum er so lange gekämpft: das sei sein guter Ruf und seine Stellung vor der Welt. Nach einem Schlußwort v. Bennigsens wird auf weitere Ausführungen verzichtet. Das Urteil wird am 22. d. M., nachmittags 3½ Uhr, verkündet werden. Schluß gegen 7 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Schuhmacher Selnick aus Weißenfels von der Strafkammer in Naumburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll in einem Restaurant bei Erörterung des Moltke-Harden-Prozesses den deutschen Kaiser beleidigt haben. — Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse aber werden — eingeschränkt.

Der „Lausbub". In der „Münchener Post" lesen wir: Über einen schneidigen Amtsanwalt verfügt das Amtsgericht Reichenhall in der Person des Bezirksamtsassessors Freiherrn Kreß von Kressenstein. Ein Chauffeur erhielt ein Strafmandat, lautend auf eine Geldstrafe wegen Übertretung straßenpolizeilicher Vorschriften. Dagegen ließ er durch einen Rechtsanwalt Einspruch erheben, dem Einspruchstermin wohnte der Angeklagte nicht an. Herr Kreß von Kressenstein beantragte 14 Tage Gefängnis, da derartige Lausbuben nur durch exemplarische Strafen zur Raison gebracht werden könnten. Das Gericht neigte offenbar der Ansicht des schneidigen Amtsanwalts zu und erkannte gegen den „Lausbuben" auf 14 Tage Gefängnis. Was wäre wohl dem Angeklagten geschehen, wenn er die ihm zugefügte Beleidigung auf der Stelle erwidert und dem jungen Amtsanwalt mit der gleichen Münze heimgezahlt hätte?

Wie die Justiz aus 15 Tropfen Wasser 14 Tage Gefängnis fabriziert, wurde in der „Schwäb. Tagwacht" sehr unterhaltend dargestellt. Ort der Handlung ist das Schöffengericht Cannstatt-Amt. Der Sachverhalt ist folgender: Das stille Nachbardörfchen Rohracker läßt seine Brände durch eine Freiwillige Feuerlöschwehr löschen. Dieses wohltätige und segensreiche Institut der Rohracker Freiwilligen Feuerwehr gliedert sich in zwei Züge, deren Mitglieder sich aus Arbeitern und Handwerkern zusammensetzen. Rohracker stand bis zum 3. Januar unter der Regierung eines Schultheißen, der den großen Vorzug hatte, daß er der Gemeinde Rohracker nicht den Neid der Nachbarorte zuzog. Am 3. Januar hat er den Titel eines Herrn Schultheißen mit dem eines Verwaltungsaktuars der Gemeinde Fellbach vertauscht, wie man hört, auf Anraten des Herrn Oberamtmanns von Cannstatt. Unter seinem Regiment fand am Sonntag, den 25. August v. J., Vormittags, in Rohracker eine Übung der Freiwilligen Feuerwehr statt. Der Herr Schultheiß hatte zwar direkt mit Feuerwehrübungen nichts zu tun, aber er wohnte der Übung angeblich doch in amtlicher Eigenschaft bei. Bei Feuerwehrübungen wird in der Regel auch gespritzt. Müssigen Zuschauern passiert es dabei oft, daß sie ein wenig naß werden. Dieses Malheur widerfuhr auch dem Herrn Schultheißen von Rohracker. Die Feuerwehr hatte den Befehl, die Häuser beim Spritzen möglichst zu schonen. Das Mundstück mußte daher immer links und rechts gedreht werden. Dabei geschah nun das Unerhörte: Der helle Hut des Herrn Schultheißen wurde von einem sogenannten spanischen Nebel getroffen und wies die Spuren von zirka 15—20 Tropfen Wasser auf. Passiert ist dem Hut und seinem Träger sonst weiter nichts. Die ahnungslosen Mitglieder des ersten Zuges, die zum Teil patschnaß waren, gingen in die „Krone", um sich nach getaner Arbeit an einem Schoppen gütlich zu tun. Der mit 15 Tropfen Wasser bespritzte Herr Schultheiß aber wanderte, heiligen Zorn im Herzen, seiner Amtsstube zu. Ein furchtbarer Verdacht war in ihm aufgestiegen, stand er doch mit dem auf 15 Meter hoher Leiter befindlichen Spritzer (Stückle ist der Name des Unglückseligen) in einem feindseligen Verhältnis. Es dauerte auch nicht lange, da erschien der Polizeidiener in der „Krone" und holte den Spritzer im Auftrag des Schultheißen aufs Rathaus. Niemand wußte warum. Die Mitglieder des ersten Zuges gingen schließlich auseinander. Bald schien sich das Geheimnis zu lüften. Man sah, wie die Zivilmontur des Spritzers aufs Rathaus getragen wurde. Der wackere Feuerwehrmann war eingesperrt worden und als Grund der Einsperrung ahnte man die 15 Wassertropfen auf dem hellen Hute des Herrn Schultheißen. Plötzlich ertönte Alarm. Das Signal zum Sammeln des ersten Zuges wurde geblasen, der sich alsbald erneut in der „Krone" zusammenfand, um die Solidarität und Kameradschaftlichkeit dem inhaftierten Mitglied des Zuges gegenüber zu bekunden. Man bestritt dem Schultheißen das Recht, ein Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr nach Beendigung der Übung vorzuladen. Einstimmig wurde beschlossen, eine „Interpellation" an den Gemeinderat zu richten. Der Maurer Wilhelm Ruf entwarf das Schriftstück, und der Kronenwirt hatte die Liebenswürdigkeit, es abzuschreiben. Die ganze Aktion schien den Beteiligten sehr viel Spaß zu machen. Das Schriftstück wurde von 14 Mitgliedern des ersten Zuges unterzeichnet und dann dem Herrn Schultheißen überreicht. Es hatte etwa folgenden Wortlaut: „Interpellation an den Gemeinderat Rohracker. Anläßlich der am 25. August 1907 stattgefundenen Feuerwehrübung wurde ein Mitglied des ersten Zuges sofort nach der Übung aufs Rathaus geladen und ohne jeden Grund eingesperrt, nur weil der Herr Schultheiß beim Drehen des Mundstücks ein wenig naß geworden ist. Sollte Stückle im Laufe des heutigen Tages nicht aus dem Ortsarrest entlassen werden, so sieht sich der erste Zug veranlaßt, von heute ab zu keiner Übung mehr auszurücken. „Der Herr Schultheiß antwortete auf das an den Gemeinderat gerichtete Schriftstück: „Den Stückle lasse ich nicht raus, und wenn Ihr nicht mehr ausrücken wollt, dann gründe ich eine Pflichtfeuerwehr." Damit hätte man die Sache gehen lassen oder wenigstens den Spruch des Gemeinderats abwarten können. Aber man witterte Aufruhr und Rebellion und der Staatsanwalt erhob Anklage wegen Nötigung. Der Verteidiger der Vierzehn machte sich in seinem Plaidoyer weidlich lustig über diese Haupt- und Staatsaktion, die man an den 15 Wassertropfen gemacht hatte, und beantragte Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Das Gericht aber erkannte gegen jeden der Missetäter auf drei Tage Gefängnis, so daß also mit den zwei Tagen Ortsarrest, die dem Spritzer aufgebrummt wurden, insgesamt wegen 15 Wassertropfen über 15 ehrsame Arbeiter und Handwerksleute 44 Tage Gefängnis verhängt worden sind. Die Sache sei keineswegs scherzhaft gewesen, sondern habe einen „ernsthaften Charakter getragen, und die Situation seine eine „ganz gefährliche" gewesen. Wir hätten der gemütlichen Schwabenjustiz dieses Urteil nicht zugetraut, umsomehr nicht, als der erste Zug der Feuerwehr von Rohracker auch nach dem Vorkommnis seine Pflicht getan hat.

Im gestrigen Puttkamer-Prozeß vor dem Reichsdisziplinarhof zu Leipzig wurde zur Begründung des Urteils, das, wie gemeldet, auf einen Verweis erkannte, u. a. ausgeführt: Der Gerichtshof hat in der Ausstellung des Passes an die Ecke als Freiin von Eckardstein eine Leichtfertigkeit erblickt. Der Umstand, daß der Angeschuldigte die Ecke in einem Berliner Nachtkafe als Prostituierte kennen lernte, hätte ihm zu denken geben sollen. Die Ausstellung eines zweiten Passes erachtet der Gerichtshof nicht für erwiesen. Die Unglaubwürdigkeit der Ecke stellte sich heraus. Es ist kein zwingender Beweis vorhanden, daß der Angeschuldigte die Plantagengesellschaft beeinflußte. Der Gerichtshof hält für erwiesen, daß der Angeklagte den Bezirksrichter Lämmermann zu beeinflussen versuchte. Es handelt sich nicht um eine theoretische Belehrung, sondern um die Herbeiführung eines Erfolges. Zugunsten des Angeschuldigten spricht, daß es ihm dabei auf keinen eigennützigen Zweck ankam. Der Gerichtshof macht dem Angeschuldigten nicht unbedingt zum Vorwurf, daß er sich, als das Ermittelungsverfahren gegen die Ecke schwebte, eine schriftliche Äußerung von ihr zu verschaffen gesucht hat. Gefehlt hat er aber in der Form, als ob die Ecke dieses Schreiben freiwillig gegeben habe. v. Puttkamer ist schuldig, gegen die Pflicht seines Amtes verstoßen zu haben.

Der Geisterbeschwörer und sein guter Engel. In Budapest wurde am 8. Januar nach viertägiger Verhandlung ein Prozeß durchgeführt, der wieder einmal beweist, daß akademische Bildung und graduierte, amtlich gestempelte Intelligenz vor Dummheit und Aberglauben nicht schützen. Folgendes der Sachverhalt: Im Jahre 1902 machte Dr. Stephan Eranos, ein angesehener Budapester Advokat, die Bekanntschaft des Fechtmeisters Alois Bay, der ihn alsbald in die „okkulten Wissenschaften" einführte. Man sollte zwar glauben, daß ein Advokat einem Fechtmeister keine besondere wissenschaftliche Autorität zuerkennen kann, aber im Reiche des spiritistischen Schwachsinns gibt es keine Vorurteile. Durch Bay wurde Dr. Eranos mit einem anderen Fechtmeister, namens Josef Gennari, bekannt, der auch Spiritist ist. Die drei taten nun mit der Geisterwelt in innigsten Kontakt, wobei der Geist der in Italien verstorbenen Braut Gennaris als „guter Engel" den Vermittler spielte. Wenn der „gute Engel" erschien, glaubte sich Dr. Eranos, der übrigens schwer zuckerkrank war, in höhere Sphären entrückt und gab sich glückselig dem Schwindel hin. Wie nun die Anklage behauptet, beutete Gennari diese Stimmung weidlich aus, so sehr, daß es dem Bay schon zu bunt wurde und dieser das Opfer warnte. Er erreichte aber das Gegenteil, denn Dr. Eranos ließ sich von Gennari leicht einreden, daß Bay bloß neidisch sei, weil er die Gunst des „guten Engels" verloren habe; die Folge war bloß, daß Dr. Eranos den Verkehr mit Bay aufgab und sich desto enger an Gennari anschloß. Vergeblich waren die Bemühungen der Angehörigen, ihn vor diesem Einfluß zu bewahren, er blieb dem Geisterbeschwörer bis in den Tod treu. Voriges Jahr starb Dr. Eranos, nachdem er sein Häuschen in Marmaros-Sziget um 9000 Kronen verkauft hatte. Von diesem Betrag wollen nun die Hinterbliebenen keinen Heller gesehen haben, und behaupten, daß Dr. Eranos das Geld dem Gennari zur Aufbewahrung übergeben habe. Dieser aber erklärte, davon nichts zu wissen, worauf dann wieder die Anklage wegen Betruges erhoben wurde. Nach viertägiger Verhandlung wurde der Geisterbeschwörer infolge Rücktritts des Staatsanwalts von der Anklage freigesprochen, da keinerlei Beweis dafür, daß er die 9000 Kronen wirklich erhalten habe, erbracht werden konnte.

Wilhelm Busch.

Nun ist Wilhelm Busch gestorben und es gibt mehr keinen deutschen Dichter mit Humor. Der eine Ludwig Thoma hat manchmal humorvolle Anwandlungen, Wilhelm Busch-Stimmungen; aber auch in seine Behaglichkeit blasen scharfe Stürme, der Humorist wird zum Ironiker, der Heitere wird satirisch. Nein, die Welt keines lebenden Deutschen ist windstill und erhaben genug, als daß ein Humoristenleben darin möglich wäre . . . O, wir haben sogenannte humoristische Schriftsteller, wir haben pünktliche Anfertiger von Possen und Schwänken, wir haben allwöchentlich erscheinende Humoristen in Hülle und Fülle. Nur gilt von der ganzen Spezies, was schon vor einem halben Jahrhundert Arthur Schopenhauer („Zur Theorie des Lächerlichen") geschrieben hat: „Daß heutzutage in der Deutschen Literatur „humoristisch" durchgängig in der Bedeutung von „komisch" überhaupt gebraucht wird, entspringt aus der erbärmlichen Sucht, den Dingen einen vornehmeren Namen zu geben, als ihnen zukommt, nämlich den einer über ihnen stehenden Klasse: so will jedes Wirtshaus Hotel, jeder Geldwechsler Bankier, jede Reiterbude Zirkus, jedes Konzert Musikalische Akademie, das Kaufmannskontor Bureau, der Töpfer Tonkünstler heißen — demnach auch jeder Hanswurst Humorist. Das Wort Humor ist von den Engländern entlehnt, um eine bei ihnen zuerst bemerkte, ganz eigentümliche, sogar dem Erhabenen verwandte Art des Lächerlichen auszusondern und zu bezeichnen; nicht aber um jeden Spaß und jede Hanswurstiade damit zu betiteln, wie jetzt in Deutschland allgemein, ohne Opposition, geschieht, von Literaten und Gelehrten; weil der wahre Begriff jener Abart, jener Geistesrichtung, jenes Kindes des Lächerlichen und Erhabenen, zu subtil und zu fein sein würde für ihr Publikum, welchem zu gefallen sie bemüht sind."

* * *

Eine dem Erhabenen verwandte Art des Lächerlichen. Als wäre das Wort für Wilhelm Busch geschaffen! Man nehme Wilhelm Busch lustigstes (und also ernsthaftestes) Werk her, den „verhinderten Dichter Balduin Bählamm". Scheinbar nur eine ungemein drollige Schilderung all der äußeren Tücken, die den Balduin Bählamm an der poetischen Produktion verhindern. Wo soll Balduin dichten? Zu Hause bei Kindergeschrei und Gläubigerzank? Auf dem Lande, wo ihn die Bremsen und Fliegen stechen und im Augenblick der Inspiration eine Kuh brüllend durchs Fenster guckt? Nachts vor dem Fenster der Dorfschönen, wo ihn die Nebenbuhler ergreifen, mißhandeln, ins Wasser schmeißen? Selbst wenn er still im Grase liegt, wird er gestört:

Auf rein botanischem Gebiet
Weilt jeder gern, der voll Gemüt.
Hier legt sich Bählamm auf den Rücken
Und fühlt es tief und mit Entzücken,

Nachdem er Bein und Blick erhoben:
Groß ist die Welt, besonders oben!
Wie klein dagegen und beschränkt
Zeigt sich der Ohrwurm, wenn er denkt!

Die große Welt oben, durch den Ohrwurm gestört, das ist das stete Thema dieses Humoristen. Boshafte Ohrwürmer in ihrer Art sind Fips der Affe, Max und Moritz, die fromme Helene, Julchen und andere Kobolde. Das Thema ging Busch nahe, denn er ist ein — verhinderter Maler. Als Jüngling war er ausgezogen, kam nach München, Düsseldorf und nach Antwerpen, um auf den Akademien sich zum Maler auszubilden und die alten Meister zu studieren. Er fand die Welt der alten Meister groß, besonders oben. Rubens, Brouwer, Teniers, Franz Hals machten so gewaltigen Eindruck auf ihn, daß er schrieb: „Sie haben mich zu sehr geduckt, als daß ich's je gewagt hätte, mein Brot mit Malen zu versuchen." Der Ohrwurm einer peinlichen Selbstkritik machte ihn zum verhinderten Maler. Aber aus diesem unerbittlichen Gefühl der eigenen Unvollkommenheit erwuchs auch sein scharfer Blick für die Unvollkommenheiten und Lächerlichkeiten der anderen. Nur daß die anderen für sich selbst blind waren! Ihn hatte sein Sinn fürs Erhabene zur Erkenntnis seiner Lächerlichkeit gebracht; vielleicht würde den anderen bei der Vorführung ihrer Lächerlichkeit nun doch eine Ahnung des Erhabenen aufdämmern.

* * *

Die Dichtung „Herr und Frau Knopp" ist mit acht Zeichnungen geschmückt, die das wackere Paar von hinten zeigen. Ströme von Gelächter sind über diese Seiten gerauscht. Links ist Herrn Knopps Hinterteil gezeigt, von der wohlgefüllten Unterhose knapp bedeckt, rechts das stattliche Gegenstück von Madame Knopp, in einem gestreiften Unterrock mit neckischem Schlitz gehüllt. Diese Popos sind Physiognomien! Mit innigem Behagen hat Busch die Knöpfe und Falten auf dem einen Rückenporträt gezeichnet, daneben ein graziöses Bändchen zur Umrahmung des gewaltigen Damenporträts. Für das andere, das eigentliche Gesicht der Knöppe, hatte Busch viel weniger Interesse. Zwei kleine Ringlein bedeuten die Augen, ein schwarzes Fleckchen den offenen Mund, ein Strichlein das Kinn, ein zweites Strichlein das Doppelkinn, Nase, Stirn und Schädel sind in einem runden Schwung erledigt. Über diese Ansichten der Knoppschen Hinterteile haben sich Hunderttausende krank gelacht. Sie wirkten in ihrer liebevollen Detailausführung zu lächerlich. Und wo steckt das Erhabene? Eben in der ungeheuren Lächerlichkeit. Nur ein durch hypertrophische Hinterteile oft verletztes Auge konnte sie so, als die eigentlichen Physiognomien seiner Helden, zeichnen.

* * *

Herr Knopp kommt in fast allen Dichtungen von Busch vor. Er ist das ewige Gegenstück zur frommen Helene, zu Max und Moritz, zu Fips, dem Affen. Dort der leichtfüßige, freche Schalk, hier der schwerbewegliche, entrüstete Familienmensch mit allen Insignien seiner Macht: Pantoffel, Unterhose, Hauskappe, Pfeife. Bald heißt er Knopp, bald Sauerborn, Nolte oder Zwiel . . . Wie oft hat Herr Knopp abends im Kreise der Seinen über sich selbst gelacht! Man denke, 50 000 Exemplare dieser genialen Lebensbeschreibung des deutschen Spießbürgers sind verkauft worden. Kein Revolutionär, kein Familienfeind hat je so lebensechte Bilder deutscher Familientrivialität gegeben wie in diesem Werk der gute Wilhelm Busch. Existenzen, die von Trivialität triefen! Trivial das kleine Dienstbotengelüste des Herrn Knopp, trivial die Empörung der Frau Knopp, trivial die sozialen Konsequenzen des Konflikts:

Er denkt, wo mag die Pfeife sein,
Und zwickt die Liese ins Bein hinein.
Obgleich dies nur ganz unten geschieht,
Frau Doris es nicht gerne sieht.
Sie ruft: Das bitt' ich mir aber aus!
Abscheuliches Mädchen, verlasse das Haus!

* * *

Die Gemächlichkeit der Schilderung ist ein Element des Buschschen Humors. Diese Gelassenheit der Erzählung („obgleich dies nur ganz unten geschieht") steht immer in einem ungemein lustig wirkenden Kontrast zu der vorschnell agierenden Aufgeregtheit seiner Gestalten. (Frau Knopp hat im Nu das unschuldige Mädchen hinausgeworfen.) Eben diese Bedächtigkeit gibt seinen Kleinbürgerzeichnungen jenen philosophischen Humor, den Fr. Th. Vischer „michelig" fand. Seine Gestalten sind immer sehr tatkräftig, sehr praktisch, sehr kurzdenkend. Je lächerlicher sie in ihrer stupiden Geschwindigkeit handeln, desto tiefsinniger schillert der Humor des Wilhelm Busch durch. Wie überwältigend sind die Worte, die Frau Zwiel an ihre Milchfrau richtet, die den Tod des Herrn Zwiel meldet:

Schau, schau! ruft sie in Schmerz versunken,
Mein guter Zwiel hat ausgetrunken.
Von nun an, liebe Madam' Pieter,
Bitt' ich nur um ein Viertelliter.

(Die Haarbeutel.)

Madame Zwiel gönnt sich gar nicht Zeit, der Todesnachricht verständig nachzusinnen. Es müssen gleich die praktischen Konsequenzen gezogen werden: Ein Viertelliter Milch weniger von nun ab! Die glatte Ordnung der Lebensgewohnheiten ist das Wichtigste. Aber der stumme Humor des Dichters Wilhelm Busch sagt zwischen diesen Zeilen: Kurze Nützlichkeitsgedanken stopfen das Herz des Kleinbürgers voll! . . . Der liebevollste Zeichner des deutschen Kleinbürgers, Wilhelm Busch, ist sein tiefster Verhöhner gewesen!

* * *

Busch war berühmt. Die „Fromme Helene" ist allein in 130 000 Exemplaren erschienen. Sicher ist von seinen Büchern eine halbe Million Exemplare gekauft worden. Der Erfolg hat Wilhelm Busch nicht im geringsten verändern können. Als es ihm keinen Spaß mehr machte, da konnte er unbeirrbar schweigen. Jahrzehntelang hat man nichts von ihm gehört. Er lebte ganz still in seinem kleinen Dorfe Wachtshausen und züchtete Bienen. Denen, die ihm von Ruhm sprachen, hat er in seinem letzten, kuriosen Buch („Eduards Traum") mit der Erhabenheit des großen Humoristen geantwortet: „Die Welt ist wie ein Brei. Zieht man den Löffel heraus, und wärs der größte, gleich klappt die Geschichte wieder zusammen, als wenn gar nichts passiert wäre."

Stefan Großmann.

Aus Nah und Fern.

Christliche Barmherzigkeit. Von der Tauber berichtet man unterm 9. d. Mts. dem „Heideld. Tagebl.": Erfroren. Zwischen Roßbrunn und Helmstadt, zunächst der badischen Grenze bei Wenkheim, wurde vor einigen Tagen die Witwe Schwarz aus Remlingen von drei Handwerksburschen am nachmittag erfroren aufgefunden. Schon morgens passierte ein Fuhrwerk die Straße. Die Insassen kümmerten sich aber nicht um die daliegende Frau, weil sie dieselbe für betrunken hielten. Ein Handwerksmann, der dann die Frau draußen auf der Straße traf, zeigte in einem Orte an, daß die Frau auf der Straße noch lebend liege, aber es rührte sich trotz seiner Bitten niemand. Als die Handwerksburschen die Frau fanden, lag sie bereits in den letzten Zügen! — Der Schauplatz dieses erschütternden Dramas ist eine sehr „fromme" Gegend, in die noch kein Sozialdemokrat „sittliche Verrohung" getragen hat. Und doch ist ein solch empörender Vorfall dort möglich! Der Besitzende auf seinem Fuhrwerk kümmert sich um die in strenger Kälte regungslos am Wege Liegende nicht, und im ganzen Dorf rührt sich keine Hand, als dort Hilfe requiriert wird. Erst der Handwerksbursche — „Landstreicher" und „Strolcher" nennt ihn die satte Moral! — hat ein Herz für das Unglück und nimmt sich seines Opfers an! In der Tat ein charakteristisches Bild unserer Zeit der Frömmelei und „Mildtätigkeit"!

Verhaftung. In Essen wurde ein Schlosserlehrling verhaftet, der zweimal Hindernisse auf die Schienen gewälzt hatte, um die Züge zur Entgleisung zu bringen.

Putz den Mund ab! Aus Müllheim wurde vor einigen Tagen berichtet, daß ein dortiges armes Mädchen, die Tochter eines verstorbenen Briefträgers, noch vor Weihnachten den so viele Millionen wie Jahre besitzenden 69jährigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten Schlumberger in Mülhausen geheiratet habe, trotzdem die damit nicht einverstandenen Söhne dem Mädchen 300 000 Mk. Abfindungssumme angeboten hatten. Nach eingezogenen Erkundigungen des „Schw. M.", die auch im „Oberrh. Anz." bestätigt werden, ist diese Meldung, die fast in alle Blätter überging, unrichtig. Das Mädchen hat nämlich die nette Summe von 300 000 Mk. der Heirat vorgezogen. — „Papa Schlumberger" hat also in doppelter Hinsicht das Nachsehen.

Bluttat. Bei einer öffentlichen Festlichkeit des Stenographenvereins Stolze-Schrey in Offenbach a. M. feuerte der wegen einer Unart aus dem Saal gewiesene stellenlose 21jährige Kaufmann Hans Viehl aus Marburg auf den Garderobenverwalter aus einer Browningpistole mehrere Schüsse ab, die zwar diesen nicht trafen, von denen einer aber den 19jährigen Kaufmann Seeholzer tot zu Boden streckte. Viehl wurde verhaftet. Der Erschossene wird als braver Mensch geschildert, der nicht am Feste beteiligt war, sondern mit Kameraden bis gegen 11 Uhr turnte und dann im Gastzimmer sein Glas Bier trank. Die Waffe stiftete aber noch mehr Unheil an. Der Schutzmann Herzberger nahm sie mit auf die Wache, um die anderen 2 Kugeln zu entfernen. Dabei ging ein Schuß los, der ihm die Hand durchbohrte und noch dem mit ihm als Zeuge auf die Wache gegangenen Märklein, einem jungen Turner, in den Unterarm drang, in dem die Kugel stecken blieb.

Das Muster eines bürgerlichen Gesetzgebers ist der Rechtsanwalt Schmidt in Bretten. Er gehört dem badischen Landtag an, ist konservativ und Führer des Bundes der Landwirte in Baden. Die badische Anwaltskammer hat ihn zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Vorgeschichte dazu ergab sich aus einem im Sommer vergangenen Jahres vor der Strafkammer in Karlsruhe verhandelten Prozeß mit politischem Beigeschmack, in dem Schmidt eine eigentümliche Rolle gespielt hat. Bei den Bürgerausschußwahlen in Bretten war die Liste des Bundes der Landwirte den Liberalen unterlegen. Es war dann von den Bündlern gegen die Wahl eines Liberalen, des Maurermeisters Leonhard, mit der Angabe, daß er seine Gläubiger aus einem früheren Konkurse nicht befriedigt habe, Einspruch erhoben worden, der aber später durch Schmidts Vermittlung wieder zurückgezogen wurde. Außerdem richtete der auf seiten der Bündler stehende Uhrmacher Odenwald an die Gläubiger Leonhards durch Postkarten mit gefälschter Unterschrift die Aufforderung, ihre Guthaben durch Rechtsanwalt Schmidt eintreiben zu lassen. Die Liste der Gläubiger hatte Odenwald von Schmidt erhalten. Odenwald kam infolgedessen wegen Urkundenfälschung vor Gericht und wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung gab er nach den Zeitungsberichten zu seiner Entschuldigung an, daß Rechtsanwalt Schmidt die Postkarten gelesen und ihm auf Anfrage gesagt habe, daß sie keine Fälschung enthielten. Als die Untersuchung nach dem Schreiber der Postkarten im Gange war, soll Schmidt den Odenwald aufs dringendste gebeten haben, nicht zu sagen, daß er, Schmidt, die Liste der Gläubiger geliefert und mit der Sache etwas zu tun gehabt habe, weil sonst seine Existenz vernichtet sei. Schmidt erklärte dagegen als Zeuge, sich nicht mehr an die Vorgänge zu erinnern. Er bestritt, den angeklagten Odenwald gebeten zu haben, ihn nicht zu nennen. Der Vorsitzende der Strafkammer gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß sich Schmidt an eine für ihn so wichtige Angelegenheit nicht mehr sollte erinnern können, und das Gericht beschloß, den Zeugen Schmidt nicht zu vereidigen, weil der Verdacht der Mittäterschaft nicht von ihm genommen sei. Der Staatsanwalt führte damals aus, daß er für das verwerfliche und gefährliche Verhalten des Angeklagten Odenwald nur deshalb nicht die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantrage, weil er als sicher annehme, daß der Angeklagte nicht von sich allein aus die Fälschung begangen habe, sondern den Rechtsanwalt Schmidt um Rat gefragt habe. Aus Prozeßakten, nach denen Schmidt die Forderung zweier Gläubiger von dem Maurermeister Leonhardt eingetrieben hat, ging hervor, daß Schmidt neben der Forderung 6 Proz. Zinsen für 15 Jahre anrechnete und den einen Gläubiger noch brieflich ersuchte, dem Schuldner einen Nachlaß nicht zu gewähren. Der Staatsanwalt bezeichnete dieses Vorgehen als reine Halsabschneiderei. Nachdem die Berufung Odenwalds vom Reichsgericht verworfen worden war, hat Schmidt seine Praxis aufgegeben und ist in die gräflich Douglassche Verwaltung übergetreten. Landtagsabgeordneter ist er jedoch nach wie vor, ohne daß er es für nötig gehalten hätte, seinen Wählern die Vertrauensfrage zu stellen. Er denkt wahrscheinlich: So schlimm wie der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Held habe ich es noch lange nicht getrieben! Und darin hat er freilich Recht.

Mangelnder Arbeiterinnenschutz hat am Donnerstag in der Bandweberei von Haag in Großsachsenheim (Württemberg) ein gräßliches Unglück verursacht. Ein 16 Jahre altes Mädchen, namens Anna Schmid, das einem anderen beim Zettelanstecken helfen mußte, wurde von der Transmission bei den Haaren erfaßt und hierbei buchstäblich skalpiert. Die Kopfhaut wurde dem Mädchen vom Hinterkopf an bis oberhalb der Augen weggerissen; beim Sturz zog es sich außerdem noch einige Verletzungen zu. Die Verunglückte wurde nach Anlegung eines Notverbandes durch Herrn Dr. Metzger ins Spital nach Ludwigsburg verbracht. Leider besteht nur schwache Hoffnung, das Mädchen am Leben zu erhalten. In dem Betrieb scheint übrigens in hygienischer Beziehung nicht alles so bestellt zu sein, wie es im Interesse des Personals wünschenswert wäre. Zurzeit des Unglücks verließen die meist jugendlichen Arbeiterinnen schreiend den Saal und ließen die Verunglückte liegen. Erst die infolge des Geschreis herbeigeeilten Arbeiter befreiten das Mädchen aus seiner verzweifelten Lage. Das Mädchen, dem die nunmehr Verunglückte zur Hilfe beigegeben war, geriet durch das gräßliche Vorkommnis in eine solche Alteration, daß es ohnmächtig wurde und abends 8 Uhr noch nicht bei Besinnung war.

Kunst und Wissenschaft.

Holger Drachmann †. Der dänische Dramatiker und Lyriker Holger Drachmann ist in Kornback, wo er sich seit einiger Zeit wegen einer Nervenkrankheit in einer Heilanstalt aufhielt, gestorben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.